

Besprechungen

Erziehung zur Freiheit. Aufsätze von G. Antoni, H. Arendt, H. Barth, L. Baudin, G. Briefs, W. Flittner, F. A. Hayek, W. Käger, Th. Litt, K. R. Popper, H. Milke, W. Röpke, H. Schoeck, E. Vögelin, herausgegeben von Albert Hunold. (Sozialwissenschaftliche Studien. Für das Schweizerische Institut für Auslandsforschung herausgegeben von Albert Hunold. Erlenbach-Zürich 1959. Eugen Rentsch Verlag. 387 S.

Mit dieser Veröffentlichung von Aufsätzen bekannter Autoren sollen nach dem Geleitwort von Hunold „nicht nur jene Menschen“ angesprochen werden, „die sich der weltgeschichtlichen Stunde bewußt sind, sondern auch alle Indifferenten, Führungs- und Orientierungslosen, die zwar mit uns die Ideale der Freiheit teilen, die aber entweder mit ihrer Lethargie oder mit unüberlegtem Handeln dem Todfeind der Freiheit die Tore öffnen“. In einer kurzen Rezension ist es leider nicht möglich, auf die Beiträge aller fünfzehn Autoren einzugehen. Dem kritischen Aufsatz von Carlo Antoni über „Croces Philosophie der Freiheit“ schließt sich eine instruktive Abhandlung von Hannah Arendt über „Freiheit und Politik“ an. Das „Anfangenkönnen“, das Freiheitselement wohne allen menschlichen Tätigkeiten inne; die Freiheit des Anfangenkönnens sei jedoch nur mit Hilfe der anderen und in der Welt realisierbar. „Durch das Freisein, in dem die Gabe der Freiheit, des Anfangenkönnens zu einer greifbar weltlichen Realität wird, entsteht ... der eigentliche Raum des Politischen“ (60). Hans Barth setzt diese Gedanken gleichsam fort, indem er nach „Wesen und Ursprung freiheitsfeindlichen Denkens“ fragt und die innere Beziehung zwischen wahrer Freiheit und rechter Ordnung aufweist. „Freiheitsfeindlich ist ein Denken, wenn es auf die Neubestimmung des Gerechten und Wahren verzichtet, im Glauben, ein für allemal im Besitz des Gerechten und Wahren zu sein“ (85). Louis Baudin beschließt seinen Aufsatz über „Die Freiheit im Wandel der Geschichte“ in der Überzeugung, daß wir uns an einem Wendepunkt der Geschichte befinden. „Der Kommunismus breitet sich zwar über einen Teil der Welt aus, aber an seinem Innern nagt der Wurm der liberalen Aktion, die Individuen eigen ist, deren Persönlichkeit sich entfaltet“ (109). Wir machen nicht den Versuch, die einzelnen Aufsätze kritisch zu werten und zu würdigen. Wir weisen jedoch mit Nachdruck auf dieses ausgezeichnete Sammelwerk hin, das auch in den Beiträgen, die man mit kritischen Anmerkungen versehen möchte, fruchtbare Anregungen bietet.

Herbert Schack-Berlin

Heilbroner, Robert L.: Jagd nach Reichtum. Aus der Chronik der Habgier. Köln 1960, Bund-Verlag. 303 S.

Der Autor dieses Buches, das zuerst 1956 in New York unter dem Titel „The Quest for Wealth“ erschienen ist, will von der „zeitlosen Jagd nach dem Reichtum“ sprechen. „Die Jagd nach Reichtum zieht sich wie ein goldener Faden, an tausend Stellen sichtbar, durch den Wandteppich der Geschichte. Und wer diesen Wesenszug der Menschen, seinen Drang nach materiellem Besitz und Wohlstand, nicht genügend beachtet, dem bleibt ein Großteil des Geschehens unverständlich.“ Die Geschichte des Erwerbstrebens zeigt nicht nur positive Aspekte. Ausbeutung und Ausnutzung der Mitmenschen sind häufige, allzu häufige Begleiterscheinungen des Strebens nach materiellem Besitz, nach Wohlstand und Reichtum. Wie erklärt sich das Erwerbstreben? Heilbroner geht dieser Frage individualpsychologisch, sozialpsychologisch und soziologisch nach. Der Wunsch nach reicherer und reichhaltiger Bedarfbefriedigung und materieller Sicherung ist fast allen Menschen eigen. Es macht jedoch einen großen Unterschied aus, ob die Gesellschaft das Erwerbstreben billigt bzw. zum Leitbild ihrer sozialen Ordnung macht oder nicht. Die moderne „vom Erwerbstreben gelenkte Gesellschaft“ hat sich in einem sehr langwierigen und mühseligen Prozeß herausgebildet. Traditionelle Werte und gemeinschaftliche Bindungen mußten gelöst werden, ehe das Geld „bis in die allerletzte Fuge des Gesellschaftsbaues“ einsickern konnte. Heilbroner schildert diese Entwicklung in einem Streifzug durch die Antike, durch Mittelalter und Neuzeit überaus anschaulich. Unsere Zeit unterscheidet sich im Hinblick auf den Erwerbssinn allerdings wesentlich sogar von dem ausgehenden 19. Jahrhundert. „Wir brauchen das Geld, denn wir wollen leben. Wir haben jedoch nicht allzuviel Spaß daran, daß wir es verdienen müssen, um leben zu können“ (237). Besonders kraß ist der Unterschied in der Art und Weise des Erwerbstrebens. „Der Motor unseres Wirtschaftslebens ist nicht mehr die individuelle Jagd nach dem Reichtum. Der Anstoß kommt vielmehr von anonymen, unpersönlichen Organisationen“ (246). Die gesellschaftliche Struktur hat sich geändert. Die großen Kapitalgesellschaften, „die größten Erwerbsorganisationen, die die Welt jemals gesehen hat“, sind heute tonangebend. „Das Ziel heißt: Noch mehr Wohlstand. Denn wenn auch der individuelle Appetit nach noch größeren Vermögen sichtlich im Abnehmen begriffen ist, das gesamtwirtschaftliche Besitz- und Reichtumsstreben hält an. Es hat sich sogar beschleunigt, denn unsere Wirtschaft mit ihrer gezügelten privaten und ungehemmten institutionellen Vermögensbildung erweist sich als guter Boden für künftiges Wirtschaftswachstum“ (256). Ein neuer Gesellschaftstypus hat sich herausgebildet, die Wohlstandsgesellschaft. Heilbroner weist auf die mit dieser Entwicklung verbundenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme hin. „Wir nähern uns einer Gesellschaft..., in der die elementaren Triebkräfte der Wirtschaft nicht mehr Not und Mangel heißen.“

Ein großer Vorzug dieses Buches ist die Verbindung wirtschaftsgeschichtlicher, wirtschaftspsychologischer und wirtschaftssoziologischer Gedanken. Auch kulturphilosophische Aspekte zeigen sich. So in dieser Frage: „Werden wir eines Tages, wenn wir des verhaßten, aber doch nützlichen Zwanges enthoben sind, den größten Teil unserer Zeit mit Geldverdienen zu verbringen, um unseren Lebensunterhalt zu bestreiten, auch mit dem Resultat dieses Wohlstands, der Freiheit, fertig werden? Eine Vervielfachung der Unrast und der Wurzellosigkeit, von denen man heute bereits genug hört, könnte in der Tat erschreckende Perspektiven eröffnen“ (259).

Herbert Schack-Berlin

Baldamus, Wilhelm: Der gerechte Lohn. Eine industriesoziologische Analyse. (Volkswirtschaftliche Schriften, herausgegeben von J. Broermann, Heft 53.) Berlin 1960. Verlag von Duncker & Humblot. 85 S.

Der Verfasser läßt sich bei seiner Untersuchung von der Vorstellung einer „kapitalistischen“ Marktwirtschaft leiten. Arbeitgeber und Arbeitnehmer wollen so viel wie möglich gewinnen. Die einen wollen die Kosten niedrig halten, die andern ein möglichst hohes Realeinkommen erzielen. Die für den Arbeitgeber günstigste Situation ist die ungünstigste für den Arbeitnehmer. Ungeachtet dieser gegensätzlichen Interessen machen sich Vorstellungen von angemessenen, vernünftigen, gerechten Löhnen geltend. „In der Werkstatt, in der Fabrikhalle, im Büro, in der Zeche vollzieht sich die entscheidende Auseinandersetzung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer über das ‚richtige‘ Verhältnis von Mühe und Lohn, obgleich natürlich die normativen Erwartungen, die dieses Verhältnis jeweils bestimmen, teilweise auch von außerbetrieblichem Milieu beeinflußt werden“ (S. 52). Arbeitsmühe bzw. Arbeitsaufwand sind freilich nicht meßbar. Man könne sich daher, meint der Verfasser, nur an den zeitlichen Veränderungen im Verhältnis von Arbeitsmühe und Arbeitseinkommen orientieren. Wenn die zeitlichen Bewegungen der Arbeitsmühe und des Lohnes parallel verlaufen, so darf man von einer Parität von Mühe und Lohn sprechen. Konträre Bewegungen sind Ausdruck einer Disparität. Der Arbeitgeber strebt ein solches „Maß an Disparität“ an, das gerade noch den Ausbruch eines offenen Konflikts verhindert. Der Arbeitnehmer wird seinerseits mit seinen Forderungen bis zur Grenze der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität gehen. „Die ‚mäßige‘, die normalerweise tragbare Disparität liegt dementsprechend zwischen dieser Grenze der Konfliktsgefahr auf der einen Seite und der schon-nicht-mehr-rentablen Parität auf der anderen“ (S. 56). Im Hinblick auf den Arbeitnehmer läßt sich ebenfalls eine noch gerade erträgliche Disparität annehmen. „Die ‚erträgliche‘ oder ‚noch-angemessene‘ relative Arbeitsmühe wäre demnach eine solche, die durch den Lohn nicht ganz kompensiert wird“ (S. 58).

Die Untersuchung ist soziologisch und wirtschaftstheoretisch interessant. Das Problem der Lohngerechtigkeit wird jedoch zu sehr auf

die Frage eines gerechten Leistungslohnes begrenzt. Wie steht es mit dem Ergebnislohn, wie mit dem Beteiligungslohn? Als gerecht wird der Lohn angesehen, der der Arbeitsaufwendung, der Arbeitsmühe (im weitesten Sinne des Wortes) entspricht. Der Verfasser nimmt eine Parität bzw. Disparität von Mühe und Lohn an und versichert, „daß es allein auf die relativen Veränderungen der Arbeitsmühe ankommt“ (S. 53). Allein gerade relative Veränderungen der Arbeitsmühe sind indirekt meßbar. Man denke an die analytische Arbeitsbewertung und die Bewertung des Leistungsgrades. Diese Fragen werden nicht berührt. Im Ganzen betrachtet ist die Schrift ein begrüßenswerter Beitrag zu der immer noch unzulänglichen Diskussion über die Lohngerechtigkeit. *Herbert Schack-Berlin*

Festgabe für Friedrich Bülow zum 70. Geburtstag, herausgegeben von Otto Stammer und Karl C. Thalheim. Berlin 1960, Duncker & Humblot. 428 S.

Die beiden Herausgeber haben eine wirkliche Festgabe zustande gebracht und dem Jubilar auf den Geburtstagstisch gelegt. Diese Gabe zeigt einmal die freundschaftlichen und herzlichen kollegialen Beziehungen und die Wissenschaftliche Wertschätzung, die Herausgeber und Verfasser der Beiträge mit Friedrich Bülow verbinden, und dann ist der Inhalt um die Gedanken und den Forschungskreis Bülows konzentriert. Bülows Interessengebiet ist außerordentlich umfassend, und dementsprechend behandeln die Beiträge Probleme aus dem Gebiet der Soziologie der nationalökonomischen Theorie, der praktischen Wirtschaftspolitik und der Dogmengeschichte. Friedrich Bülow war einer der wenigen Gelehrten auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften, der sich einen weiten Gesichtskreis bewahrt und nicht nur ein Spezialgebiet erfaßt hat. Die Breite seiner wissenschaftlichen Arbeit ist mit einer philosophisch begründeten Tiefe verbunden, und gerade diese Eigenart gibt die Festgabe in ansprechender Form wieder. *W. M. Frhr. v. Bissing-Berlin*

Bosch, Werner: Marktwirtschaft — Befehlswirtschaft. Ein Vergleich der Wirtschaftsordnungen in West- und Mitteldeutschland. Verlag Quelle & Meyer. Heidelberg 1960. 289 S.

Dieses Buch ist als Band 8 der „Veröffentlichungen des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz“ (Herausgeber Prof. Dr. E. Welter) erschienen. Es behandelt eine der wichtigsten und aktuellsten Gegenwartsfragen in einer kritisch-vergleichenden und systematischen Darstellung. „Mittel- und Westdeutschland sind Experimentierfelder für östliche und westliche Wirtschaftssysteme geworden. Sie bieten in hervorragendem Maß die Gelegenheit, am lebenden Objekt den Charakter und die Funktionsfähigkeit einer Zentralverwaltungswirtschaft und eines marktwirtschaftlich orientierten Systems vergleichend zu betrachten“ (S. 10). Der Verfasser legt besonderes Gewicht auf die Klärung der unterschiedlichen,

ja gegensätzlichen Gesamtkonzeptionen und der jeweils verschiedenen wirtschaftspolitischen Methoden. An die grundlegenden Kapitel schließt sich eine systematische Darstellung der Wertschöpfung, der Einkommensverteilung und Einkommensverwendung in Mitteldeutschland und Westdeutschland. In einer Schlußbetrachtung „Was ist die Freiheit wert?“ stellt der Verfasser noch einmal klar, daß sich der Mensch auf die Dauer nur in einer „Ordnung in Freiheit“ in seinem Menschentum behaupten und entfalten könne. „Jede Art von Freiheit enthält eine Kontraposition. Wer frei sein will, muß für sich und die Seinen selbst sorgen wollen und können. Wer frei wirtschaften will, muß für seine künftigen Bedürfnisse voraussorgen können. Wer seinen Beruf frei wählen will, muß die Verpflichtung auf sich nehmen, etwas zu leisten“ (S. 274). Ein umfangreiches Literaturverzeichnis weist den Leser auf eine große Anzahl einschlägiger Arbeiten. Wer sich mit den Wirtschaftsordnungen in West- und Mitteldeutschland studienhalber oder von Berufs wegen zu befassen hat, findet in Werner Bosch einen ideologisch und wirtschaftspolitisch versierten Führer.

Herbert Schack-Berlin

Rohde, Klaus Erich: Gleichgewicht und Konjunkturtheorie. (Beiträge zur Erforschung der wirtschaftlichen Entwicklung, herausgegeben von M. E. Kamp, Heft 1.) Stuttgart 1957. Gustav Fischer Verlag. X, 236 S.

Die mit der vorliegenden Arbeit beginnende Schriftenreihe ist, wenn auch unter anderen Voraussetzungen, eine Fortsetzung und Neubelebung der von Arthur Spiethoff in den zwanziger Jahren begonnenen Reihe von Beiträgen zur Erforschung der wirtschaftlichen Wechsellagen. Die Rohdesche Untersuchung steht im Zeichen der Gleichgewichtsidee und will ihrer Verteidigung dienen. Um die Zusammenhänge zwischen Konjunkturtheorie und Wirtschaftsentwicklung zu klären, wird die Frage gestellt: Was leistet die Gleichgewichtskonzeption zur Erklärung zyklischer Schwankungen? Treten die Abweichungen vom Gleichgewicht regelmäßig oder zyklisch auf? Die gewisse Unsicherheit in der Beurteilung der Wellenbewegungen und Entwicklungslinien setzt mit der Zeit nach dem ersten Weltkrieg ein, so daß die Wirtschaftstheorie sich seitdem in wachsendem Maße veranlaßt sah, den verschiedenen Schichten der Bewegungserscheinungen auf ökonomischem Gebiet ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, Konjunkturbewegung und Strukturwandel gegeneinander abzugrenzen, technischen Fortschritt, historische Entwicklung, politische, also exogene Eingriffe von endogenen Entwicklungslinien der Gesamtwirtschaft sowie bestimmter Wirtschaftszweige und persönliche Eingriffe zu unterscheiden. Die Schlüsselstellung in den heutigen Analysen nimmt der Begriff des Wirtschaftswachstums ein. R. legt seinen Untersuchungen die Begriffe Statik und Dynamik zugrunde, wie sie Ragnar Frisch und Erich Schneider entwickelt haben, und sucht von ihnen aus in das schwierige Feld der Entwicklungstendenzen in ihrer konkreten Mannigfaltigkeit vorzustoßen, wobei mancherlei ungeklärt

bleibt, weil die Grenzen zwischen Modellbildung und empirischer Betrachtung nicht deutlich abgesteckt sind. Erkenntnisziel des Verfassers bleibt in allen Teilen des Buches die Feststellung der grundsätzlichen Bedeutung der Gleichgewichtsvorstellung für die theoretische Erklärung der modernen Entwicklungsphänomene. Und wenn man der Untersuchung auch klarere, weniger mit Spezialausdrücken der reinen Wirtschaftstheorie gespickte Formulierungen und eine bessere Gliederung für das Verständnis in einer breiteren Leserschicht gewünscht hätte, so bleibt doch das Bemühen R.s anzuerkennen, in die Zusammenhänge eines der kompliziertesten Forschungsvorhaben der heutigen Theorie vom Standpunkt der Gleichgewichtsidee aus und auf Grund einer sehr guten Kenntnis der einschlägigen Literatur eine gewisse Ordnung hineinzubringen, wenngleich gerade diese Studie zeigt, wieviel noch zu leisten übrig bleibt. *Friedrich Bülow-Berlin*

Ein Verfahren zur Bestimmung von Größenstrukturen und ihrer Veränderungen in der gewerblichen Wirtschaft. Grundlagen und Beispiele praktischer Anwendung. (Untersuchungen der Konjunkturabteilung des Instituts für Mittelstandsforschung, herausgegeben von M. E. Kamp, Heft 2.) Bad Godesberg 1960. J. G. Bachmann Verlag. 101 S.

Struktur und Entwicklung der „Mittelschichten“ in der Bundesrepublik Deutschland quantitativ zu analysieren, um mit Hilfe von sog. Strukturbildern Aufbau, Umfang und Bedeutung des gewerblichen Mittelstandes genauer darzustellen, hat die Konjunkturabteilung des Bonner Instituts für Mittelstandsforschung zum Hauptziel ihres Arbeitsprogramms gemacht. Es liegt auf der Hand, daß bessere Kenntnisse von den Größenstrukturen der gewerblichen Wirtschaftszweige Formen und Stärkegrad wirtschaftlicher Konzentration — zu Zeit das für Politik und Wissenschaft wohl attraktivste und strittigste Problem — erst richtig überschauen und beurteilen lassen. Kamp und sein Team (D. Smolinski, J. Wild, W. Lauer) greifen hier die Methodik der „Großzahlforschung“ auf, die kompatible Daten oder Einzelwerte gruppiert und alsdann ermittelt, wie sich die Häufigkeit der Einzelwerte auf Meßwertklassen verteilt. Mit der Gaußschen Normalkurve als Maßstab können die Untersuchungsobjekte typisiert, im Zeitablauf Entwicklungstendenzen festgestellt und schließlich Deformationen und Fehlbewegungen angegeben werden. Die Autoren setzen das Wesen und die Stringenz ihres Verfahrens von den mathematisch-theoretischen Grundlagen her auseinander und illustrieren seine Technik und seinen Erkenntniswert an zahlreichen praktischen Beispielen, die von der Klarheit mathematischer Symbolsprache profitieren und mit einleuchtenden Diagrammen aufwarten. Der Tabellenanhang schenkt dem Leser zudem einen objektiven Einblick in die strukturellen Wandlungen der gewerblichen Wirtschaft. Freilich steht und fällt die Brauchbarkeit des hier entwickelten Verfahrens mit der im konkreten Einzelfall erfüllten Bedingung der „Normalkurve“: Meistens werden die betreffenden Massen ihrem

Wesen nach dahin tendieren und auch groß genug sein, um störende Zufallseinflüsse nicht wirksam werden zu lassen. Dennoch ist bei der Erforschung gesellschaftlicher sowie technologischer Tatbestände Vorsicht am Platze, weil hier asymmetrische Strukturen nicht anomal zu sein brauchen.

Antonio Montaner-Mainz

Förstner, Karl: Über die Bestimmbarkeit wirtschaftlicher Kenngrößen. (Wirtschaftswissenschaftliche Schriften, Heft 3.) Meisenheim am Glan 1960. Verlag Anton Hain KG. 64 S.

In der vorliegenden knappen und übersichtlichen Monographie unternimmt Förstner die Darstellung eines Spezialproblems der ökonomischen Forschung, dessen, was man in Anlehnung an die angelsächsische Begriffsbildung als Identifikationsproblem zu bezeichnen gewohnt ist. Damit wird eine Kernfrage der Ökonometrie systematisch erörtert, die seit den Anfängen der mathematischen Wirtschaftstheorie unbeantwortet im Hintergrund der formalen Modellbildungen stand, wesentlich später dann (1938) von R. Frisch erstmalig grundlegend analysiert wurde, um schließlich im angelsächsischen Sprachraum zu einer ansehnlichen Zahl von Spezialuntersuchungen (u. a. Haavelmo, Cowles-Commission) zu führen.

Förstner leitet mit einer dogmengeschichtlichen Übersicht ein, aus der die Entwicklungsstadien der Identifikationsuntersuchungen sichtbar werden, geht dann zu einer Klassifizierung von Modellen und Gleichungstypen über und nähert sich von dorthier dem Problem der Identifikation von Gleichungen und Koeffizienten, das zunächst an einfachen Angebots-Nachfrage-Relationen gezeigt wird, um daran anschließend dynamische und stochastische Modelle zu untersuchen. Im zweiten Teil gibt Förstner einen Überblick über den formalen Zusammenhang ökonomischer Realmodelle und faßt dabei in knapper Form die Ergebnisse zusammen, die vor allem von Mitgliedern der Cowles-Commission (Koopmans, Marschak, Hurwicz u. a.) bisher vorgelegt wurden. Dabei ist der Nachweis von formalen Kriterien für die Identifizierbarkeit von Realmodellen als besonders wichtiger Teilaspekt anzusehen. Im letzten Teil wird die Anwendung dieser theoretischen Überlegungen auf ein spezielles makroökonomisches Modell gezeigt.

Förstner hat mit seiner Darstellung im deutschen Sprachraum eine einführende Übersicht gegeben, die man sich gewiß an Stellen ausführlicher wünschen könnte, die für die Studierenden, die einen Zugang zu diesem Kernproblem der ökonomischen Forschung suchen, jedoch ihren Zweck erfüllen wird.

Gerhard Kade-Berlin

Oort, C. J.: Decreasing Cost as a Problem of Welfare Economics. Amsterdam 1958. Drukkerij Holland N. V. 187 S.

Die seit den ersten wohlfahrtsökonomischen Ansätzen bei Marshall und Pigou offen gebliebene Frage, ob bei abnehmenden Stückkostenverläufen im Punkte marginalen statischen Gleichgewichts eine Pro-

duktion stattfinden soll oder nicht, ist auch von denjenigen Theoretikern unbeantwortet geblieben, die seit den dreißiger Jahren die Wohlfahrtsökonomie in Anlehnung an Pareto neu begründet haben. Oort stellt sich nun die Aufgabe, dieses offene Problem einer Lösung näher zu bringen. Es ist nur selbstverständlich, daß diese Weiterführung ihn auch eine Antwort auf die zweite Frage suchen läßt, in welcher Weise bei Entscheidung für die Durchführung der Produktion ein entstehender Verlust zu decken sei. Der Themenstellung nach scheint es sich also um ganz spezielle Untersuchungen zu handeln. Der Verfasser hält es jedoch für notwendig, sich seine eigene Basis durch Neuformulierung der Grundlagen der New Welfare Economics zu schaffen. So werden in den beiden ersten Kapiteln sowie im Anhang Fragen behandelt, die im Grunde die Fundamente der Welfare Economics betreffen und deshalb vor der eigentlichen Themenstellung liegen. Das erste Kapitel ist eine Reformulierung der Bedingungen der optimalen Aufteilung der Produktionsfaktoren. Der Verfasser betont hier die Untrennbarkeit von Produktion und Distribution unter wohlfahrtsökonomischem Aspekt sowie die Begrenzung der Anwendbarkeit der Pareto-Bedingungen: Regeln für eine wohlstandpolitisch optimale Wirtschaftspolitik lassen sich nicht schon daraus ableiten; denn „the feasible optimum at any time is a compromise between distributive and allocative considerations“ (p. 47). Im zweiten Kapitel werden die Probleme der nicht marginalen Anpassung abgehandelt. Es geht hier um die Kritik an der Paretianischen Wohlfahrtsökonomie: Das Pareto-Ophelimitätsmaximum ist eine notwendige, aber keineswegs eine hinreichende Bedingung für die Optimum-Situation. Erst das dritte Kapitel bringt Oorts Lösungsbeitrag zu derjenigen Problematik, die er sich mit der Wahl des Titels gestellt hatte. Wenn hier dann im zweiten Abschnitt die Frage der Finanzierung des Verlustes eingehender behandelt wird, so dient das einem Nebenziel der Untersuchung, nämlich einen Beitrag zum Finanzierungsproblem der public utility industries zu leisten. Dem Anhang über das Grenzkostenpreisbildungsprinzip folgt eine umfangreiche Bibliographie, die die gängige wohlfahrtsökonomische Literatur zusammenfaßt. Auch wer Bouldings skeptischer Feststellung zustimmt, daß „the best that can be said for welfare economics as a discipline is that it is virtually impossible to study it without learning a good deal of economics in the process“, wird den von Oort unternommenen Versuch der Weiterführung der Welfare-Theorie begrüßen. Selbst wenn offenbar wird, daß diese Weiterführung noch nicht die Gestalt einer festen Lösung annimmt, läßt sich als besondere Leistung dieser Darstellung vermerken, daß hier die diffizilen Fragen der Wohlfahrtsökonomie fast gänzlich ohne den hilfreichen Formalismus der Mathematik abgehandelt werden, ohne daß die Abhandlung an Klarheit verliert. *Gerhard Kade-Berlin*

Hertle, Friedrich: Standortprobleme der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie. (Veröffentlichungen der Listgesellschaft, Reihe B:

Studien zur Ökonomik der Gegenwart, Band 12.) 1959. Kyklos-Verlag Basel — A. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen. 126 S.

Der zweite Weltkrieg und die Jahre nach 1945 haben für die Standortproblematik der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie eine neue, die Gesamtstruktur verändernde Situation geschaffen. Die Steigerung der Nachfrage nach Rohstahl machte eine gewaltige Kapazitätsausweitung dieses für die amerikanische Wirtschaft zentral wichtigen Industriezweiges notwendig und rückte die Gefahr der Erschöpfung der Erzvorkommen in dem Oberen — Seen — Gebiet bedenklich nahe, damit verbunden die Notwendigkeit einer Umorientierung bei der Standortwahl.

Im 1. Kap. der vorliegenden Arbeit werden die theoretischen Grundlagen einer Standortbestimmung der Eisen- und Stahlindustrie an Hand der Standortlehre Alfred Webers und seiner Nachfolger entwickelt. Es folgt im 2. Kap. die Analyse der bedeutungsmäßigen Stellung der Standortfaktoren und im 3. Kap. die Analyse der vertikalen, horizontalen und personellen Verflechtung. Im Hauptteil (4. u. 5. Kap.) werden diejenigen Kräftelagerungen und Verlagerungen dargestellt, die für das Standortbild der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie seit dem 2. Weltkrieg maßgebend geworden sind.

Ausgehend von den Ergebnissen der Predöhlischen Untersuchungen aus dem Jahre 1928, werden die Preisdirigismen Pittsburghs und dann in regionaler Betrachtung die typischen Distrikte standortstheoretisch durchleuchtet. Das 6., den „Hauptursachen für die derzeitigen Standortverschiebungen“ nachgehende Kapitel behandelt das Erz-, das Schrott- und das Kohleproblem im Hinblick auf die Produktionszentren und das St.-Lorenz-Stromprojekt. Es kommt dem Verfasser vor allem darauf an, die für die Zukunft wichtigsten Entwicklungstendenzen aufzuweisen, nachdem die bisherigen Stahlzentren ihre beherrschende Stellung verloren haben oder weiterhin verlieren. Der Abbau minderwertiger Erze und die Einfuhr von Auslandserzen kennzeichnen die ersten Stadien der Umgestaltung und damit die Standortverlagerung, die für die amerikanische Eisen- und Stahlindustrie im Zeichen weitgehender Auflockerung und Dezentralisierung stehen wird, so daß der Industrialisierungsprozeß auch auf bisher vorwiegend agrarische Siedlerregionen übergreifen wird. Nimmt man die politischen, sozialen und nicht zuletzt die technischen Faktoren hinzu, so ergibt sich für eine Behandlung der „Standortaspekte“ auf Grund eines höchst komplexen Bildes im Dienste einer rein wirtschaftstheoretischen Behandlung der Standortprobleme eine schwierige Aufgabe, um deren Absteckung sich H. erfolgreich bemüht hat.

Friedrich Bülow-Berlin

Triffin, Robert: Gold and the Dollar Crisis. (The Future of Convertibility.) New Haven 1960. Yale University Press. 195 p.

Eine sehr interessante Studie, wenn man auch nicht in allem ihr beistimmen kann. Der Verfasser hat zwar zweifellos recht, wenn er, ungeachtet seiner Empfehlungen zur baldigen Rückkehr zum Gold-

standard, darauf hinweist, daß es sich hierbei nicht um eine einfache Rückkehr, sondern um eine Neuorganisation handeln würde, und er hat ebenso recht, wenn er darauf hinweist, daß die fortwährenden Goldabzüge aus den USA selbstverständlich die Notwendigkeit immer neuer und umfangreicher Investitionen durch die USA in den Goldempfangsländern nach sich ziehen beziehungsweise darin zum großen Teil ihre Ursache haben. Fraglich muß hingegen erscheinen, ob die Empfehlung Triffins, mehr weniger rasch und rücksichtslos die Rückkehr zum Golde zu vollziehen, wirklich so ohne weiteres unterschrieben werden kann und ebenso, ob seine Ansicht, daß ein Teil der gegenwärtigen Krise des Dollars darauf zurückzuführen sei, daß Dollar und Pfund, also nationale Währungen, gegenwärtig einfach als internationale Zahlungsmittel gebraucht würden, richtig ist. Es erscheint vielmehr, wie bei jeder wirklich stabilen Währung, ziemlich klar, daß die Unterschiede zwischen nationaler Währung und internationaler, sei es mit, sei es ohne echte Konvertibilität, sich rasch verwischen.

Das Buch zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß es verhältnismäßig populär und leicht verständlich, an einigen Stellen ein bißchen zu pragmatisch und ohne echte theoretische Grundlage geschrieben ist. Soweit man aber mit pragmatischem Denken überhaupt kommen kann, ist der Verfasser, dem außerdem ein reicher Erfahrungsschatz zur Verfügung steht, gekommen. Ein durchaus lesenwertes Buch.

Richard Kerschagl-Wien

Bartels, Hermann: Die Goldmärkte der Welt seit Verlassen des Goldstandards. Frankfurt/Main 1960. Fritz Knapp Verlag. 265 S.

Ein pragmatisch gutes und solides Buch aus der Schule von Rittershausen, das der Seriosität dieser Schule voll entspricht. Eigentümlich ist dem Buch allerdings eine gewisse Vermischung volkswirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Momente, wobei der Verfasser sogar vielleicht stärker zur Betriebswirtschaftslehre neigt. Seine wirtschaftsgeschichtlichen Kenntnisse sind durchaus auf der Höhe. Auch als Materialsammlung ist das Buch bemerkenswert. Leider scheint dem Verfasser, der sonst gute Literaturkenntnisse besitzt, ein Teil der südafrikanischen Literatur unbekannt zu sein, die durchaus bemerkenswert ist.

Richard Kerschagl-Wien

Ehlen, Karl Josef: Die Filialgroßbanken. Entwicklung und Stellung im deutschen Kreditsystem. (Beiträge zur Erforschung der wirtschaftlichen Entwicklung, hrsg. von Prof. Dr. M. E. Kamp. Stuttgart 1960. Gustav Fischer Verlag. 139 S. Hef 6.)

Die Arbeit ist so anspruchslos und problemarm wie nur eine volkswirtschaftliche Darstellung sein kann, die die gesamte ältere und neuere betriebswirtschaftliche Bankliteratur übergeht und in der zitierten Literatur über die Hälfte nicht einschlägiger Schriften über den Geld- und Kapitalmarkt, die Währungs- und Bankpolitik anführt. Eine Darstellung der Filialgroßbanken unter dem Gesichtspunkt der

wirtschaftlichen Entwicklung wäre an sich verdienstvoll und auch die hier gebotene Arbeit ist nicht ohne Verdienst, denn sie greift auf die amtlichen Untersuchungsergebnisse der Wirtschaftsenquête 1927/29, und der Bankenenquête 1933 zurück, verarbeitet zahlreiches statistisches Material im Text und in einem umfang- und aufschlußreichen statistischen Anhang (S. 98 bis 137).

Der Verf. nimmt zur Frage des Eigenkapitals der Filialgroßbanken Stellung; er nennt es „unzulänglich . . . nicht unbedenklich . . . unbefriedigend . . .“ (S. 20). Seine Ansicht zur Verzinsung der Mindestreserven folgt kritiklos den Argumenten der Banken und Bankenverbände, ebenso seine Empfehlung, die stillen Reserven in den Wertpapieranlagen der Großbanken bei Auflösung durch Veräußerung steuerfrei zu behandeln, wenn sie in offene Rücklage gestellt werden. Die Wettbewerbslage der Filialgroßbanken im Verhältnis zu den Kreditgenossenschaften und Sparkassen würdigt der Verf., ohne neue Gesichtspunkte vorzubringen; ausführlicher ist diese Würdigung im Hinblick auf die Gemeinwirtschaftsbank. In der Frage des Depotstimmrechts bleibt die Darstellung zwar nicht völlig unkritisch, aber durchaus an der Oberfläche, ohne die umfangreichen Diskussionen in Verbindung mit der Aktienrechtsreform zu berühren. Steuerliche Gesichtspunkte werden bei den Beteiligungserträgen aus Schachtelgesellschaften, bei der Wechselsteuer und der Begünstigung der Sparkassen vorgebracht. Mit Recht betont die Darstellung die besondere Rolle der Filialgroßbanken in der Vorfinanzierung des Industriekredits und der Beteiligung an Teilzahlungsbanken. Die unzulängliche Gliederung der Bankdebitoren und -kreditoren wird nicht bemängelt, auch nicht die fehlende Aufteilung der Kreditgrößenklassen nach Wertsummen.

Hanns Linhardt-Nürnberg

Lipfert, Helmut: Der deutsche Privatkreditmarkt. Frankfurt a. M. 1959. Fritz Knapp Verlag. 76 S.

Die Arbeit befaßt sich mit den bisherigen Erfahrungen seit Wiedereröffnung des Privatkreditmarktes am 5. Februar 1959. Die kurze geschichtliche Darstellung (A) ist völlig unzulänglich, sie kennt nicht einmal die Erörterung des Sachverhaltes bei Buchwald, Leitner, Käferlein, Rozumek u. a., d. h. der einschlägigen Fachliteratur zwischen 1900 und 1920. Kein Wunder, daß Namen einschlägiger Autoren im Literaturverzeichnis falsch geschrieben werden und maßgebliche Namen einzelner Buchveröffentlichungen, einschlägiger Schriftenreihen und Sammelwerke völlig fehlen. In der Beurteilung der neuerdings getroffenen Maßnahmen legt sich der Verf. eine allzu große Zurückhaltung auf (vgl. S. 27, S. 64). Es wäre angebracht gewesen, die stark divergierende Interessenlage der Geschäftsbanken, der Zentralbank und der öffentlichen Hand genau zu kennzeichnen. In der vorliegenden Fassung ist die Skizze unausgereift und verfrüht.

Hanns Linhardt-Nürnberg

Zimmerer, Carl: Bankkostenrechnung. (Veröffentlichungen des Bank- und Börsenseminars der Universität Köln, herausgegeben von Bankier Fritz Höfermann und Univ.-Prof. Dr. Rittershausen. Band 11). Frankfurt am Main 1956. 208 Seiten.

Die Bankkostenrechnung nimmt unter den Kostenrechnungssystemen eine Sonderstellung ein. Sie ist nicht mit den Kostenrechnungssystemen anderer Wirtschaftsbranchen zu vergleichen. Ihrem Wesen nach entspricht sie weniger einer Preisfindungsrechnung, wie dies bei Produktionsbetrieben der Fall ist, als mehr einer Vergleichs- und Überwachungsrechnung oder auch — je nach der Periodizität ihrer Anwendung — einem Kontrollmittel mehr im Sinne einer Kostendeckungsrechnung. Diese abgewandelte Aufgabenstellung rührt vor allem aus einer annähernd komplexen Regelung der wichtigsten Bankkonditionen durch Abkommen her. Diese lassen den Banken einerseits nur wenig Manipulationsfreiheit und erübrigen andererseits eine permanente Preisfindung zum Zwecke des Vergleichs mit dem Markt. Mit Ausnahme weniger Großunternehmen der Kreditwirtschaft begnügt sich die Mehrzahl der Geldinstitute mit der jährlichen Gewinn- und Verlustrechnung, die oftmals nur einer groben Analyse unterzogen wird. Das uns von Industriebetrieben her geläufige „spezifische Kostendenken“ spielt in diesem Sinne bei den Banken eine untergeordnete Rolle, sofern es nicht gar ganz fehlt.

Daß eine systematische Kostenrechnung nur bei einer verschwindend geringen Anzahl von Kreditinstituten eingeführt ist, liegt aber auch daran, daß umfassende wissenschaftliche und durch die Praxis erprobte Abhandlungen und Anleitungen über die Bankkostenrechnung fehlen. Wenngleich in den bisherigen Veröffentlichungen vereinzelt durchaus brauchbare Gedanken enthalten sind, so haben diese bestenfalls theoretische Bedeutung oder in Spezialrechnungen Verwendung gefunden.

Größere Bedeutung unter der Bankkostenliteratur haben die Arbeiten von Isaac, Hasenack, Schönpflug, Rummel, Kalveram, Hotzel, Fehrman, Dertmann, Kaminsky und Reutlinger gewonnen. Bei einigen dieser Veröffentlichungen ist versucht worden, die Gedankengänge der in den letzten Jahrzehnten, vor allem seit dem Erscheinen von Schmalenbachs Kontenrahmen, stets verbesserte und bis heute zur Plan- und Standardkostenrechnung verfeinerte und vervollkommnete Industriekostenrechnung auf den Bankbetrieb zu übertragen. Diesen Versuchen mußte ein überzeugender Erfolg versagt bleiben. Sie hatten zumeist nicht berücksichtigt, daß ein Bankbetrieb seinem „Betreiben“ nach nicht mit einem Industriebetrieb verglichen werden kann.

Schwierig ist in diesem Zusammenhang vor allen Dingen die Definition der spezifischen Bankleistung, um einen brauchbaren, das heißt einen eindeutig abgrenzbaren Kostenträger zu bekommen, dem letztlich alles zugerechnet werden kann, was ihn an Kosten, Gebühren, gegebenenfalls an Erstattungsbeträgen oder anderen Wert-

kategorien angeht. Die kleinste Kalkulations- oder Abrechnungseinheit muß dabei auf jeden Fall so gewählt werden, daß bei entsprechender Transformierung der Ordnungsbegriffe und unter Anwendung der zweckmäßigen Kalkulationsmethode alle gewünschten und für die Beurteilung des Geschäftsgebarens erforderlichen Rechnungen durchgeführt werden können.

Unerläßliche Voraussetzung für eine funktionsfähige Kostenrechnung ist ein in sich abgestimmtes System von Ordnungsbegriffen in der Buchhaltung. Dies trifft vor allem für den Kontenrahmen der Kreditinstitute zu, der zwingend alle Hauptbuchkonten ordnen und alle Nebenbuchhaltungen auf die Hauptbuchkonten abstimmen muß.

Die Grundeinheit für eine Bankkalkulation ist mangels eines geeigneten Kostenträgerbegriffs zweckmäßigerweise in der Abteilung zu sehen, die ihrerseits mit einer Kostenstelle oder mit einer Kostenstellengruppe identisch sein kann. Sie allein bietet die Möglichkeit a) einer nach Geschäften klar abgegrenzten Kalkulation gleichartiger Vorgänge und b) einer eindeutigen Zurechnung aller angefallenen Kosten und Erträge, und die Hilfsabteilungen können auf die Leistungsabteilungen umgelegt werden. Als nächstkleinere Einheit kann noch die Kontenkalkulation in Betracht kommen, wobei es gleichgültig ist, ob es sich um ein laufendes Konto, um ein Darlehnskonto, um eine Hypothek oder um ein Depot handelt. Auf die kleinste Einheit, auf den Posten zurückzugehen, bringt kaum eine Verbesserung der Kalkulationsgenauigkeit. Die Postenkalkulation wirft vielmehr automatisch das Problem des Wertes des einzelnen Postens auf, das wohl — wenn überhaupt — nur schwer zufriedenstellend gelöst werden kann. Bedeutung könnte die Anzahl der Posten lediglich finden (unter Umständen nach Wertgruppen geordnet) für eine Schlüsselbildung in Verbindung mit der Abteilungskalkulation.

Die Reihe der Buchveröffentlichungen über Bankkostenrechnung ist nun von Zimmerer fortgesetzt worden. Mit dem Thema *Bankkostenrechnung* deutet er dem Leser an, dieses Gebiet in seiner Gesamtheit zu behandeln. Das an sich schwierige Thema hat Zimmerer geschickt bearbeitet. Er stellt seinen Ausführungen eine kurze und klare theoretische Abhandlung voran und setzt sich dabei mit den bisherigen Versuchen einer systematischen Darstellung wie auch Durchführung der Bankkostenrechnung auseinander. Gleichzeitig steckt er dabei den Umfang seiner Abhandlung ab und hat damit in der Folge die Möglichkeit, sich auf eine Darstellung der Abrechnungssysteme zu beschränken.

Als mögliche Kalkulationsformen nennt Zimmerer Gesamtbetriebskalkulation, Filialkalkulation, Abteilungskalkulation, Geschäftsspartenkalkulation und fügt abschließend ein Kapitel über Kalkulation und Preispolitik an.

Den umfangreichsten Teil seines Buches hat Zimmerer dem Kapitel über die „Gesamtbetriebskalkulation“ gewidmet, die für ihn die grundlegende Kalkulation ist. In diesem Kapitel fragt er eingangs

nach der Erfüllung der Voraussetzungen für eine funktionsfähige Kostenrechnung und gibt im weiteren Verlauf eine detaillierte Darstellung aller anfallenden Kostenarten und Ertragsarten, ohne sich dabei auf eine bloße Aufzählung zu beschränken. Vielmehr werden die einzelnen Kostenarten und Ertragsarten jeweils definiert, analysiert und schließlich einer kritisch wissenschaftlichen Beurteilung unterzogen. In dieser umfassenden Darstellung übertrifft dieses Kapitel alle bisherigen Veröffentlichungen und gewinnt darüber hinaus sogar den Charakter eines Handbuchs.

Nach Zimmerer wird die Gesamtbetriebskalkulation durch die anderen Kalkulationsformen ergänzt oder geht mit ihren Zahlen und Ergebnissen in ihnen auf. So gibt die *Filialkalkulation* die Möglichkeit, „... die Kosten und Erlöse des Gesamtinstituts nach Verursachungsbezirken aufzuteilen“ (Seite 10). Sie stellt in gewisser Hinsicht eine „Gesamtbetriebskalkulation“ für die Filiale dar, sofern diese in ihrer Dispositionsfreiheit und überhaupt in ihrer Geschäftspolitik nicht durch Weisung der zentralen Geschäftsleitung behindert ist.

„Die Abteilungskalkulation wird so durchgeführt, daß die stückbedingten Kostenarten der Gesamtbetriebskalkulation auf die Abteilungen (Kostenstellen) des Bankbetriebes verteilt werden.“ (Seite 119). Zimmerer sieht in der Abteilungskalkulation einen „... Kostenvergleich und das Inbeziehungsetzen von Kosten und Leistung“ (Seite 118). Er verzichtet bewußt auf eine Umlage der Hilfsstellen auf die Leistungsstellen und überläßt dies der Geschäftsspartenkalkulation, deren Aufgabe er in der Feststellung der Rentabilität der einzelnen Sparten sieht. Die Geschäftsspartenkalkulation ist damit das wichtigste Instrument der Bankpolitik geworden, soweit es die Förderung oder Einstellung eines bestimmten Geschäfts betrifft. Allerdings wird jedes Bankinstitut aus Gründen des Kundendienstes und der Kundenpflege unrentable Geschäfte mitschleppen müssen.

Bei der Spartenrechnung kann eine aussagefähigere Abrechnung durch Bildung von Untersparten und weitergehenden Spezifikationen erzielt werden.

Wie von selbst gelangt Zimmerer zum Schluß seines Buches auf das Kapitel „Kalkulation und Preispolitik“. Eine Preispolitik kann erst sinnvoll durchgeführt werden, wenn eine aussagefähige Kalkulation vorliegt. In der Kreditwirtschaft aber ist letztlich eine echte Preispolitik nicht möglich, weil staatliche Preisbindung oder Verbandsbedingungen den erforderlichen Spielraum vermissen lassen. Hier wird augenscheinlich, daß die Kostenrechnung bei Banken in erster Linie der Kontrolle über die anfallenden Kosten dient, als daß sie ein Instrument echter Kostengestaltung ist. Solange Preisbindungen in der Kreditwirtschaft bestehen, werden wir stets mit zweckgewandelten Kostenrechnungssystemen zu tun haben.

F. W. Wichmann-Lüneburg

Weber, Hans: Der Bankplatz Berlin. (Bankwirtschaftliche Schriftenreihe, herausgegeben von Prof. Dr. Hanns Linhardt.) Köln und Opladen 1957. Westdeutscher Verlag. 246 S.

Der Bankplatz Berlin! Der Titel läßt unwillkürlich die alte Reichshauptstadt in ihren glanzvollen Jahren von der Jahrhundertwende bis zum zweiten Weltkrieg vor unseren Augen erstehen, als Berlin nicht nur Zentrum des deutschen Geschehens war, sondern auch auf internationaler Ebene einen bedeutenden Platz einnahm. Gleichzeitig wird vor uns die historische Entwicklung dieser Stadt lebendig: Innerhalb weniger Jahrhunderte hatte sich Berlin von einer kleinen preußischen Residenzstadt bis zur Millionenstadt vergrößert. Diese Entwicklung ist gleichwohl das Ergebnis aus dem Zusammenwirken wirtschaftlicher und politischer Kräfte.

Die Anfänge des Bankwesens in Berlin sind denen in anderen Städten zu vergleichen. Aus dem Geldwechseln, der Geldaufbewahrung, dem Geldverleih und der Ausstellung von Certifikaten, die anfänglich gelegentlich neben einem Hauptgewerbe vorgenommen wurden, entwickelte sich im Laufe der Jahre ein festumrissenes Gewerbe mit einem eigenen wohlangesehenen Berufsstand.

Die ersten Banken in Berlin waren Privathäuser. Sie bestanden schon etliche Jahrzehnte, als Friedrich der Große 1765 die Königliche Giro- und Lehnbank und 1772 die Königliche Seehandlungssocietät gründen ließ. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts entstanden weitere private als auch öffentliche Geldinstitute, wobei lediglich die Spezialisierung in den Geschäften (langfristige Kredite, Hypothekengeschäfte, Kassenkredite u. ä.) oder die Beschränkung auf einen bestimmten Kundenkreis (Industrie, Landwirtschaft, Gewerbe, Handel) auffällt.

Erst nach der Reichsgründung im Jahre 1871, als Berlin Sitz der Regierung und ihrer Behörden, der Zentralverbände, der Wirtschaftsinstitutionen, der ausländischen Vertretungen und darüber hinaus auch Wohnort einer Millionenbevölkerung war, nahm das Bankwesen einen enormen Aufschwung. Durch das Wirken vor allem der Großbanken, deren Verbindungen in alle Welt reichten, erlangte der Bankplatz Berlin alsbald internationale Bedeutung, die gefestigt und fortwährend ausgebaut werden konnte.

Dieser Entwicklung Berlins, sowohl politisch als auch wirtschaftlich, bereitete der zweite Weltkrieg mit seinen verheerenden Folgen ein jähes Ende. Als Stadt geteilt und praktisch ohne jedes Hinterland führt Berlin heute ein fast isoliertes Dasein, über das auch das großzügige angelegte System externer Hilfsprogramme nur schwer hinwegtäuschen kann. Dennoch, die wirtschaftliche Kraft Berlins existiert auch heute noch und hat, aus der Zwangssituation heraus betrachtet, großartige Leistungen vollbracht, die Anerkennung und Würdigung gebieten. Aus ihren früheren Standorten in der Behrenstraße verdrängt, haben sich die Großbanken im Raum zwischen Hardenbergstraße und Kantstraße, wo sich auch die neue Börse be-

findet, angesiedelt und begonnen, von hier aus die Tradition ihrer Häuser fortzusetzen.

Weber hat das Thema mit viel Liebe bearbeitet und seine Aufgabe gut gelöst. Nach einer umfassenden Einführung in die allgemeine Entwicklung der Stadt lenkt er unmittelbar auf die Entwicklung und die Bedeutung der Banken in Berlin über. Seine recht verständlichen Ausführungen sind oft durch Statistiken und namentliche Aufzählungen untermauert und vermitteln einen tiefgreifenden Eindruck vom Bankplatz Berlin. Reichhaltige Quellenangaben und ein umfangreiches Literaturverzeichnis enthalten für den interessierten Leser vielfache Anregungen zum Spezialstudium. Mit dem Abschnitt D. „Schicksal und Entwicklung des Berliner Bankplatzes nach Beendigung des zweiten Weltkrieges“ ist selbst die jüngste Entwicklung dargestellt und organisch in eine großangelegte Untersuchung eingebaut worden.

F. W. Wichmann-Lüneburg

C. West Churchman — Russel L. Ackoff — E. Leonhard Arnoff: *Operations Research*. Eine Einführung in die Unternehmensforschung. Aus dem Amerikanischen übertragen von Dr. E. Schlecht und Dr. F. Fersch. Mit einem Vorwort von Prof. I. Pfanzagl, Wien. Wien und München 1961. Verlag R. Oldenbourg. 580 S.

Das vorliegende Buch, das eine Einführung in das auch in Deutschland ist, das Allgemeine auch anhand von speziellen Unternehmensforschung gibt, stellt eine wertvolle Bereicherung der hierüber bisher in deutscher Sprache erschienenen Literatur dar. Es ist entstanden „aus den Vorlesungsunterlagen der vom Case Institute of Technology seit 1952 abgehaltenen ‚Kurzseminare über Operations Research‘“ (S. 9) und ist eines der ersten Bücher über das Gebiet der Unternehmensforschung überhaupt. Seine Bedeutung liegt vornehmlich darin, eine allgemeine Übersicht über die Ziele, Probleme und Methoden des Operations Research zu geben, wobei es vortrefflich gelungen ist, das Allgemeine auch an Hand von speziellen Untersuchungen zu erläutern und zu untermauern, ohne daß der Ganzheitscharakter des Buches zerstört worden ist. Es ist dieses insbesondere deshalb hervorzuheben, weil einzelne Kapitel ursprünglich von verschiedenen — im Vorwort näher genannten — Autoren verfaßt worden sind.

Obwohl die Anwendungsmöglichkeiten des Operations Research weit über den Bereich des Wirtschaftlichen hinausgreifen, zeigt das Buch „vor allem die Bedeutung von Operations Research für industrielle Probleme“ (S. 10). Es liegt jedoch hierin für denjenigen, der sich mit Operations Research befassen will, nur eine bedingte einseitige Einengung der Darstellung dieses Wissensgebietes vor, insofern als sich auf Grund der gewählten Beispiele und verschiedener Hinweise die Mannigfaltigkeit der Anwendungsmöglichkeiten erkennen läßt. In entsprechender Weise ist die Anlage des Buches, das sich in zehn Teile gliedert, erfolgt. Die Teile I, II und III vermitteln uns einen Überblick über die Entstehung, Grundgedanken und typi-

schen Problemkreise der Unternehmensforschung sowie die hierbei zu befolgende Arbeitsweise. Die Teile IV bis IX zeigen an Hand anschaulicher Beispiele die Erarbeitung optimaler Lösungen vermittelt typischer spezieller Modelle des Operations Research und deren Überprüfung, Überwachung und Verwirklichung. Kapitel X erläutert personalpolitische Probleme der Unternehmensforschung. Im einzelnen beinhalten die vorgenannten Teile folgendes:

Kapitel 1 des I. Teiles führt uns, ausgehend von der Entstehung des Operations Research im militärischen Bereich und seiner wachsenden Bedeutung nach dem 2. Weltkrieg für die Unternehmungen auf Grund der immer stärker werdenden Aufgliederung der innerbetrieblichen Funktionen einerseits und dem hieraus sich ergebenden zunehmenden Erfordernis einer Koordinierung der einzelnen Teile des Betriebsablaufs zu einem sinnvollen Ganzen durch die Unternehmensleitung andererseits zu einer Definition des Operations Research sowie einem Überblick über dessen Merkmale. Obwohl es sich erst um einen jungen Wissenszweig handelt, geben die Verfasser bereits eine Definition des Gegenstandes, was im Hinblick auf die bisherigen erarbeiteten Grundlagen der Unternehmensforschung als berechtigt angesehen werden muß, auch wenn die Verfasser selbst mit wissenschaftlichem Ernst sie als eine „provisorische Arbeitsdefinition“ (S. 26) bezeichnen. Sie lautet: „O. R. ist die Anwendung wissenschaftlicher Methoden, Verfahren und Hilfsmittel auf Probleme betreffend die Arbeitsweise von Systemen mit dem Ziele, den für diese Arbeitsweise Verantwortlichen optimale Lösungen für diese Probleme zu liefern“ (S. 26). Das Wesen der Unternehmensforschung besteht demzufolge — wie im 1. Kapitel eingehend erläutert — darin, daß einer Unternehmensleitung auf wissenschaftlicher Grundlage Lösungen ihrer Probleme geboten werden, die die Einheit einer Unternehmung berücksichtigen, indem die Unternehmung als ein System „funktionell miteinander verknüpfter Teile“ (S. 16) interpretiert wird. Die Lösungen, die hierbei angestrebt werden, sollen optimal sein, d. h. es wird nicht eine bessere, sondern die beste Lösung gesucht. Der geeignete Weg, dieses Ziel zu erreichen, liegt wiederum darin, daß ein Team mit der Lösung solcher Aufgaben betraut wird, das sich aus Spezialisten verschiedener Fachrichtungen zusammensetzt, die auf Grund ihrer besonderen Fachkenntnisse in der Lage sind, die verschiedenen Seiten eines Problems besser zu durchleuchten als ein Einzelner und die durch die Koordinierung ihrer Einsichten und Methoden eine systemgerechte ganzheitliche Lösung im obigen Sinne finden können. Hierfür muß von seiten des Teams eine Darstellung des entsprechenden Systems erfolgen, was mit Hilfe eines konstruierten Modells geschieht. Aus diesem Modell wird die Lösung abgeleitet und dann kann nach Überprüfung des Modells und der Lösung an die praktische Verwirklichung der Lösung herangegangen werden. In Kapitel 2 wird an Hand eines praktischen Beispiels aus der Werkzeugmaschinen-Industrie die Behandlung von betrieblichen Problemen durch Darstellung einer Unternehmung als

ein ganzheitliches System erläutert. Kapitel 3 veranschaulicht die Arbeitsweise eines Operations Research-Teams und seine Notwendigkeit bei der Lösung von Aufgaben der Unternehmensforschung. Teil II zeigt in drei Kapiteln die Komponenten auf, die bei der Formulierung eines Problems beachtet werden müssen. Hierzu gehören erstens die Analyse der zu untersuchenden Organisation, ihre Nachrichtenübermittlung und Steuerung (Kybernetik!), zweitens Problemformulierung und drittens die Bewertung (Gewichtung) der verfolgten Ziele. In Teil III wird die Konstruktion und Auswertung eines Modells dargelegt, d. h., es wird erörtert, was ein Modell ist, welche Arten von Modellen wir unterscheiden (bildhafte, analoge und formale), wie man sie konstruiert und wie mit ihrer Hilfe Probleme gelöst werden können. Besondere Erklärung findet hierbei die sogenannte Monte-Carlo-Methode. Ein Verfahren, mit dem auf der Grundlage der Wahrscheinlichkeitstheorie Ausdrücke und Variable in formalen Modellen näherungsweise bestimmt werden können. Im Anschluß hieran geben die Teile IV—VIII in einzelnen Kapiteln einen Überblick über spezielle Modelltypen anhand praktischer Beispiele und unter Darlegung der mathematischen Grundlagen. Der entscheidende Gesichtspunkt hierbei ist, daß es trotz der Mannigfaltigkeit der Probleme, die mit Hilfe von Operations Research angepackt werden, bestimmte Gruppen von an sich verschiedenartigen Problemen gibt, die unter Anwendung gleichartiger, doch modifizierbarer Modelle gelöst werden können. Im einzelnen handelt es sich um:

- (1) Lagerhaltungsmodelle (Teil IV), die der Errechnung eines Lagerbestandes dienen, bei dem die Lagerhaltungs- und Fehlmengen-Kosten ein Minimum sind, und zwar bei verfeinerten Modellen auch unter Berücksichtigung von Daten, wie z. B. Produktionskapazität, Zeit, Kapital und Preisveränderungen.
- (2) Zuteilungsmodelle (Teil V). Hier besteht das Problem darin, daß bei einer Mehrzahl von Aufgaben, die zu ihrer Durchführung notwendigen Mittel nur in begrenztem Umfange zur Verfügung stehen, so daß nicht jede Aufgabe am wirkungsvollsten gelöst werden kann. Der Zweck dieses Modells ist, eine Kombination der Mittel zu finden, die den maximalen Erlös garantiert. Wichtigstes Verfahren in diesem Zusammenhang ist das lineare Programmieren.
- (3) Wartezeitmodelle (Teil VI). Mit diesen sollen Leerzeiten, bei Einheiten, die bedient werden oder Bedienungsstellen, die ihrerseits Einheiten bedienen, vermieden oder zumindest herabgesetzt werden, und zwar bei möglichst geringen Kosten.
- (4) Ersatzmodelle (Teil VII). Das Ziel ist der Ersatz von Ausrüstungsgegenständen zu einem optimalen Zeitpunkt, d. h. zu einem Zeitpunkt, an dem die Kosten der Erneuerung ein Minimum darstellen.
- (5) Konkurrenzmodelle (Teil VIII). Hierbei handelt es sich in der Praxis um das Problem, die einem oder mehreren Konkurrenten offenstehenden Möglichkeiten und ihre jeweils darauf aufbauenden eventuellen Entscheidungen zu erforschen und sie bei der Wahl der eigenen Entscheidungen zu berücksichtigen. Die Grundlage zur Lösung dieser Probleme wurde durch die Theorie der Spiele von v. Neumann und Morgenstern gelegt.

Teil IX befaßt sich mit der Prüfung, Überwachung und Verwirklichung der Modelle. Teil X erläutert den personellen Aufbau eines Operations Research-Teams. Besondere Beachtung finden hierbei die Auswahl und die Ausbildung des Personals sowie die Organisation des Teams und seine Arbeit.

Fassen wir zusammen, so können wir sagen, daß der Versuch, sowohl dem an Operations Research wissenschaftlich interessierten Leser wie auch dem Praktiker einerseits einen einführenden allgemeinen Einblick in die Materie zu geben und andererseits eine Arbeitsgrundlage für die Praxis zu schaffen, in glücklicher Weise gelungen ist. Die erfreulich zahlreichen in Fußnoten angegebenen Literaturhinweise bieten die Möglichkeit, sich über den Gegenstand sowohl bezüglich spezieller wie allgemeiner Probleme zu orientieren. Die dankenswerte Zusammenstellung deutschsprachiger Bücher über Operations Research am Schluß des Werkes unterstreicht, ohne das Verdienst der dort aufgeführten Autoren in irgendeiner Weise zu schmälern, durch ihren geringen Umfang die Notwendigkeit des vorliegenden Buches.

Dietmar Schiele-Berlin

Gutenberg, Erich: Untersuchungen über die Investitionsentscheidungen industrieller Unternehmen. Köln 1959. Westdeutscher Verlag. 232 S.

Bayer, Hans: Das Unternehmen als Wirtschaftsstabilisator. Bd. I: Das Großunternehmen. Köln 1960. Westdeutscher Verlag. 123 S.

Gutenberg hat sich mit der hier angezeigten Untersuchung dankenswerterweise einem in Deutschland längst überfälligen Forschungsgebiet angenommen, das wegen seiner Bedeutung gerade im Rahmen einer Marktwirtschaft nicht nur für die betriebswirtschaftliche Forschung, sondern auch für die Wirtschaftstheorie und -politik von großem Interesse ist. Daß in der Volkswirtschaftslehre verwendete Investitionsfunktionen oft den Nachteil haben, nicht genügend viele Investitionsdeterminanten ausreichend zu berücksichtigen, wird von Gutenberg einleitend richtig herausgestellt. Das gilt vor allem für das modell-theoretische Akzelerationsprinzip weniger für andere von der ökonometrischen Anwendung her entworfene Investitionsfunktionen (Meyer/Kuh z. B.). Wenn G. die ökonometrische Methode, durch Aufbereitung statistischen Materials Aufschlüsse über die relevanten Investitionsdeterminanten zu erzielen, durch die Methode der direkten Befragung (Interviews) ersetzt, kommen dafür zwei plausible Argumente in Frage: Die Investitionsmotive können in ihrer Differenzierung und Bedeutung besser erforscht und getestet werden, die produktionszweig- und betriebsindividuellen Strukturen und Verhaltensweisen finden besser Berücksichtigung. Das schwierige Problem der zahlenmäßigen Quantifizierung kann umgangen und durch Bildung von Wertstufen je nach Intensität der Investitionsmotive ersetzt werden (S. 24/25). Die Auswertung der Befragungen über die Investitionsmotive steht im Vordergrund, ergänzende Kapitel über die Organisation der Investitionsplanung, den Investitionsetat und die Methoden der Investitionsrechnungen runden die Untersuchung ab. 76 Unternehmen aus 9 Wirtschaftszweigen wurden nach den Beweggründen für ihre Investitionsentscheidungen in einem leider relativ kurzen Zeitraum (1954 bis 1956) befragt.

Die Durchschnittsergebnisse der Studien (S. 218 ff.) sind interessant und teilweise überraschend. Bei den Ersatzinvestitionen, die weitgehend die Rationalisierungsinvestitionen mit umfassen (S. 29), zeigt sich, daß nur selten so lange gewartet wird, bis die Anlagen technisch unbrauchbar geworden sind. Der Ersatz der Anlagen wegen möglichst schneller Anwendung des technischen Fortschritts erwies sich von gleicher Häufigkeit wie der Ersatz wegen nachlassender Leistungsfähigkeit. Hauptmotive für die Vorverlegung des Ersatzzeitpunktes waren: Verbesserung der Produktqualität, Einsparung von Arbeitskräften und Leistungssteigerung durch Rationalisierung. Bei den Erweiterungsinvestitionen steht ganz eindeutig das Motiv der günstigen langfristigen Absatzerwartungen an erster Stelle, wobei Absatz- und Gewinnerwartungen in den Unternehmen weitgehend gleichgesetzt zu werden pflegen (S. 117)! An zweiter und dritter Stelle folgen die Investitionsentscheidungen, deren Motive in der Verbesserung der Kostensituation durch Kapazitätsausweitung und in der Überwindung von betrieblichen Engpässen liegen.

Keinen oder nur geringen Einfluß haben bei allen Investitionsentscheidungen die folgenden Motive gehabt: Finanzierungsgesichtspunkte (Liquidität und Steuerpolitik), erwartete Preissteigerungen für Investitionsgüter und Investitionen der Konkurrenz. In bezug auf die Konkurrenzverhältnisse spielt außerdem bei den Erweiterungsinvestitionen die Verbesserung der Erzeugnisse durch die Konkurrenz eine verhältnismäßig geringe Rolle, bei den Ersatzinvestitionen war das Moment der Verbesserung der Produktqualität dagegen wichtig. Diese Ergebnisse lassen den Einfluß der Konkurrenz doch wohl zu gering erscheinen. Ganz abgesehen davon, daß auf diesem Gebiet der Befragungsmethode sicher enge Grenzen gesetzt sind, ist dieser Komplex auch von der Formulierung der Fragen nicht eindeutig gelöst. Ähnliches gilt für die interessante, weitgehend negative Auskunft über das Investitionsmotiv Marktinformationen (vgl. auch S. 124).

Zusammen mit einer expliziten Berücksichtigung des Motivs technischer Fortschritt bei den Erweiterungsinvestitionen bedürfen die Dinge hier noch der weiteren Klärung.

Nicht unerwähnt bleiben sollen die in die Untersuchung als besonderer Komplex aufgenommenen Motive Erweiterung der Produktionstiefe und Umgestaltung des Produktionsprogramms (Kapitel 5). Während die wirtschaftspolitisch u. U. umstrittenen Investitionen aus dem ersten Motiv in nennenswertem Umfang nicht festzustellen waren, spielten Investitionen zur Umgestaltung des Produktionsprogramms in der Investitions- und Konsumgüterindustrie eine nicht unbedeutende Rolle, was letztlich auch wieder auf die Bedeutung des Faktors Konkurrenz zurückzuführen sein wird.

Zieht man das Fazit aus der notwendigen und aufschlußreichen Untersuchung über ein äußerst vielschichtiges und schwer faßbares Gebiet, dann läßt sich folgendes feststellen: Auch die Befragungs-

methode zeigt letztlich, daß es zumindest makroökonomisch nur einige wenige Determinanten gibt, die die Investitionsentscheidungen wirklich beherrschen. Hinsichtlich der Erweiterungsinvestitionen weichen die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung überraschenderweise gar nicht weit von den das einfache Akzelerationsprinzip modifizierenden Investitionsfunktionen (etwa im Sinne von Haberler, Kaldor, Koyck) ab, wenn man berücksichtigt, daß einmal die beiden in der Untersuchung getrennt ausgewiesenen Motive (Kostensenkung und Engpaßüberwindung) mit dem Motiv Absatzerwartungen in engem Zusammenhang stehen (S. 223) und daß zum anderen das Akzelerationsprinzip als empirische Funktion nicht mechanistisch interpretiert werden sollte. Für die Ersatzinvestitionen ergeben sich im wesentlichen nur zwei Motive, das auf die Qualitätsverbesserung und das auf Rationalisierung abzielende Motiv, da unter das letztere auch die Investitionen zur Arbeitskräfteeinsparung weitgehend subsumiert werden können. Daß branchen- und betriebs-individuell teilweise andere Ergebnisse zutage treten, und in der Entglobalisierung (Haberler) liegt ja ein Vorteil der von G. eingeschlagenen Methode, ändert an diesem grundsätzlichen Ergebnis nichts. Unbestrittener Vorteil dieser Befragungsmethode und der Fortschritt der vorliegenden Untersuchung bleibt es, die unmittelbare Durchleuchtung und Abschätzung der Investitionsmotive in einem Maße zu erreichen, wie das bei einer ökonometrischen Investitionsfunktion nicht der Fall sein kann. Daß beide Methoden zur Aufhellung und richtigen Erfassung der Investitionsentscheidungen der Unternehmen herangezogen werden müssen, ist auch das abschließende Urteil Gutenbergs.

Auch in der Arbeit von Bayer steht letztlich die Investitionspolitik der Unternehmen zur Debatte, wenn auch das interessante Thema weiter und anspruchsvoller als bei Gutenberg gespannt ist. In Anbetracht der doch immer noch recht unsicheren Kenntnisse über die Bestimmungsgründe der Investitionsentscheidungen der Unternehmen kann die Frage aufgeworfen werden, ob den Unternehmen mit der Aufgabe, Stabilisator der Wirtschaft zu sein, nicht zu viel zugemutet wird. Die Untersuchung von Bayer läßt jedoch erkennen, daß diese Frage insofern falsch gestellt ist, als Charakter (Institutionalisierung) und Marktstruktur (Machtstellungen) unserer Marktwirtschaft eine beträchtliche gegenseitige Abhängigkeit zwischen Großunternehmen und Wirtschaftspolitik bezüglich der Wirtschaftsstabilisierung herbeiführen.

Die Wirtschaftsstabilisierung wird dann erleichtert und die Gegensätze zwischen Unternehmenspolitik und Volkswirtschaftspolitik werden u. U. verringert, wenn die Unternehmen an der Stabilisierung aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen selbst interessiert sind. Der größte Teil der Untersuchung Bayers ist der Klärung dieser Frage nach der „Selbststabilisierung“ der Unternehmen gewidmet. Es wird an Hand bekannter Argumente dargelegt, wie die Institutionalisierung der Großunternehmen zusammen mit der Rationalisierung und Verwissenschaftlichung der Unternehmenspolitik Koordinierung und Re-

alisierung der drei Hauptziele der Unternehmen (Wachstum, Sicherheit und Rentabilität) mittels einer langfristigen und kontinuierlichen Planung fördern. Neben der Erweiterung der Produktionsstruktur (Diversifikation) und einer Marktstellung, die Marktbeeinflussung zuläßt, tragen dazu vor allem die neuen Einsichten und Möglichkeiten auf dem Gebiet der Marktprognose und Investitions- bzw. Unternehmensplanung bei, deren sich insbesondere die Großunternehmen in wachsendem Maße bedienen. Es ist an sich sehr zu begrüßen, daß Bayer diese theoretischen Überlegungen durch empirische Untersuchungen zu überprüfen versucht. In drei umfangreichen Abschnitten (S. 34—40, S. 47—57 und S. 62—106 nebst Anhang) wird aber leider nicht viel mehr erreicht, als daß dem Leser unter Auswertung von Firmenberichten und Interviews mit leitenden Direktoren ein buntes Tatsachenmaterial zur eigenen Verarbeitung angeboten wird. Mit dieser losen Konfrontierung von Theorie und Praxis ist für diese notwendige Abstimmung und gegenseitige Kontrolle der beiden Bereiche zu wenig gewonnen. Hier bedarf es der systematischen Erfassung und Aufbereitung des empirischen Materials an Hand eines Frageschemas wie es z. B. Gutenberg seiner Untersuchung zugrunde legt.

Im Gegensatz zu diesen breit angelegten empirischen Partien erfährt die von Bayer selbst als Kern der Untersuchung angesehene Frage, inwieweit durch die Unternehmensstabilisierung nun auch die Volkswirtschaft stabilisiert werden kann, nur eine sehr flüchtige Behandlung (S. 110—119). Dies ist wegen der interessanten und umstrittenen Probleme des Verhaltens der Großunternehmen im Konjunkturverlauf und ihres Beitrags zur Überwindung und Verminderung von Wachstumsstörungen der Volkswirtschaft sehr zu bedauern. Die zu diesem Thema sehr wichtigen Beiträge in der Untersuchung des National Bureau of Economic Research über „Regularization of Business Investment“ werden nur einmal beiläufig an anderer Stelle der Arbeit (S. 47) erwähnt. Keine Berücksichtigung finden die einschlägigen Arbeiten etwa von F. Baerwald, H. v. Becke-rath, H. Langelütke, R. Eisner, O. J. Firestone, W. W. Heller und G. Katona. So bleibt dieser letzte Teil der Untersuchung leider ein Torso.

Detlef Lorenz-Berlin

Mund, Edgar: Die Eingangsrechnung im industriellen Unternehmen. (Veröffentlichungen der Schmalenbach-Gesellschaft, Band 24.) Köln und Opladen. 1958. Westdeutscher Verlag. 263 S.

Dem Verfasser ist es dank seinem umfangreichen Erfahrungsmaterial gelungen, die mannigfachen Funktionen der Eingangsrechnung in materieller, organisatorischer und rechtlicher Hinsicht geschlossen und erschöpfend darzustellen und damit einen wertvollen Beitrag zur Industriebetriebslehre und eine nützliche Anweisung für die industrielle Praxis zu liefern. Da keine der bisher vorliegenden einschlägigen Veröffentlichungen die Eingangsrechnung umfassend behandelt hat, wird durch die Arbeit des Verfassers eine fühlbare

Lücke ausgefüllt. Es ist zu wünschen, daß die mit einem umfassenden Literaturverzeichnis ausgestattete Schrift eine weite Verbreitung findet.
Hermann Funke-Berlin

Dahl, Johann: Die Aktivierung der Sachanlagegüter in Handels- und Steuerbilanz. Köln und Opladen. 1959. Westdeutscher Verlag. 147 S.

Der Verfasser untersucht die Aktivierung der Sachanlagegüter in Handels- und Steuerbilanz im Lichte der dynamischen Bilanzauffassung, wobei die Steuerbilanz ihrer Bedeutung entsprechend den weitestgrößten Teil der Schrift einnimmt. Der erste Teil behandelt die Grundlagen der Aktivierung der Sachanlagegüter, gegliedert nach dem Umfang der Aktivierung, dem Zeitpunkt der Aktivierung und den Wertmaßstäben für die Aktivierung. Im zweiten Teil werden Einzelfragen zur Aktivierung der Sachanlagegüter (Grundstücke und Gebäude, bewegliche Anlagegüter, Festwerte bei abnutzbaren Anlagegütern, Sonderfragen) erörtert. Das Thema wird mit großer Sachkenntnis und wissenschaftlicher Gründlichkeit bearbeitet, und der Verfasser nimmt zu den verschiedenen Lehrmeinungen der sehr umfangreichen einschlägigen Literatur und den zivil-, straf- und steuerrechtlichen Entscheidungen kritisch Stellung. Ein ausführliches Literaturverzeichnis mit Angabe der Zitierweise, ein Verzeichnis der rechtlichen Entscheidungen, ein Verzeichnis der Abkürzungen und ein Sachregister ergänzen die für Wissenschaft und Praxis wertvolle Arbeit.
Hermann Funke-Berlin

Hall, Rüdiger: Das Rechnen mit Einflußgrößen im Stahlwerk. (Beiträge zur betriebswirtschaftlichen Forschung, herausgegeben von E. Gutenberg, W. Hasenack, K. Hax und E. Schäfer, Band 5.) Köln und Opladen 1959. Westdeutscher Verlag. 156 S.

Die Abhängigkeit der Kosten von unterschiedlichen Einflußfaktoren, praktisch von großer Bedeutung, kann mit den traditionellen Kostenrechnungsverfahren nicht genügend erfaßt werden, so daß neue Rechnungsmethoden entwickelt werden müssen, so etwa die Einflußgrößenrechnung. Mit dieser Rechnungsmethode befaßt sich das vorliegende Buch. Leider hat das Buch nur einen begrenzten Wert. Es gelingt dem Verf. zwar recht gut, das Wesen und die Problematik der Einflußgrößenrechnung zu beschreiben, er vernachlässigt demgegenüber aber die Möglichkeiten und Formen ihrer praktischen Durchführung in der Kostenrechnung, wie es z. B. Pichler für die Anwendung der Matrizenrechnung bei der Bestimmung von Kostenvorgaben tut. Hall erwähnt Pichler nicht einmal.

Auf die große Bedeutung der Einflußgrößenrechnung für die Bestimmung genauerer Kostenvorgaben in der Plankostenrechnung geht Hall nur ganz kurz am Schluß seines Buches ein. Die Möglichkeit, mit Hilfe der Einflußgrößenrechnung die Kostenvorgaben auch noch an andere Beeinflussungsfaktoren als nur den Beschäftigungsgrad anzu-

passen und damit die Plankostenrechnung wesentlich flexibler zu gestalten, scheint mir einer ihrer hauptsächlichsten Vorteile zu sein. Durch die Anpassung der Kostenvorgaben an solche Faktoren wie Durchlaufzeit, Temperatur, Mengeneinsatz usw. ist es möglich, die auf Veränderungen in diesen Faktoren zurückzuführenden Kostenabweichungen genau wie die Beschäftigungsabweichungen von der Gesamtabweichung abzuspalten und als besondere Abweichungsarten zu erfassen. Der Soll-Ist-Vergleich würde dadurch eine größere Aussagefähigkeit erhalten.

Auf der anderen Seite sollte man die Anwendungsmöglichkeiten der Einflußgrößenrechnung aber auch nicht überschätzen. Die Gegenüberstellung der üblichen Kostenrechnungsverfahren (Divisions- und Zuschlagsrechnung) mit der Einflußgrößenrechnung (S. 51 ff.) läßt den Eindruck entstehen, als ob die Einflußgrößenrechnung diese traditionellen Rechnerverfahren ersetzen könnte. Das trifft jedoch nur dann zu, wenn sämtliche in eine Kalkulation eingehenden Kostenarten einer Einflußgrößenrechnung zugänglich sind. Das ist aber nur sehr selten der Fall. Die Einflußgrößenrechnung muß sich vielmehr überwiegend auf Kosten beschränken, die im ursächlichen Zusammenhang mit dem Einsatz von technischen Faktoren anfallen und deren Höhe demzufolge auch zwingend durch die Richtung und Intensität dieser technischen Faktoren bestimmt ist. Es handelt sich dabei vorwiegend um Kosten des Fertigungsbereichs. Das Buch von Hall beschränkt sich deshalb auch wohlweislich auf diesen Bereich. Demgegenüber sind die Kosten, deren Höhe in starkem Maße von Entscheidungen der Unternehmensleitung oder Markteinflüssen abhängig ist — es handelt sich dabei vorwiegend um die Kosten des Verwaltungs- und Vertriebsbereichs —, nur sehr schwer oder überhaupt nicht durch eine Einflußgrößenrechnung zu erfassen. Für sie müssen auch weiterhin die traditionellen Rechnerverfahren Anwendung finden.

Konrad Melerowicz-Berlin

Handbuch der Finanzwissenschaft. Zweite, völlig neubearbeitete Auflage. In Verbindung mit zahlreichen Fachleuten des In- und Auslandes herausgegeben von *Wilhelm Gerloff* (†) und *Fritz Neumark*. Dritter Band. Tübingen 1958. Verlag von I. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 601 S.

Mit dem vorliegenden dritten Band findet die Neuauflage des Handbuchs zunächst ihren Abschluß. Er enthält in einem ersten Teil Abhandlungen über den öffentlichen Kredit. Der Aufsatz von *Julius Landmann* über die „Geschichte des öffentlichen Kredits“ wurde aus der 1. Auflage unverändert übernommen. In der Behandlung der „Technik des öffentlichen Kredits“ sind *Wilhelm Dieben* und *Kurt Ebert* an die Stelle von *Gaston Jèze* getreten. Statt der Theorie des öffentlichen Kredits“ von *M. R. Weyermann* in der 1. Auflage gibt jetzt *Richard A. Musgrave* eine „Theorie der öffentlichen Schuld“, die weniger eine finanzwirtschaftliche als eine volkswirt-

schaftliche Theorie ist. Vor allem die Bedeutung der öffentlichen Schuld für die konjunkturelle Stabilität ist Gegenstand der Untersuchung, die unter den Gesichtspunkten, mit den Methoden und dem Vokabular des Keynesianismus geführt wird. Fragen der Zulässigkeit der zeitlichen Kostenverteilung werden nur unzulänglich behandelt, Rücksichten auf einen irgendwie gearteten Haushaltsausgleich finden in dieser Darstellung keinen Platz.

Den weitaus größten Teil des Bandes bilden Übersichten über „*Die Finanz- und Steuersysteme der wichtigsten Länder der Erde*“, was als eine im wesentlichen zutreffende Überschrift gelten kann, wenn sich auch zum Leidwesen des Herausgebers für Länder wie Spanien, Portugal, Südafrika, die süd- und mittelamerikanischen Staaten und andere Bearbeiter nicht gefunden haben. Die zustandegekommenen Beiträge sind nach Art und Umfang verschieden. In Fortsetzung seiner im 1. Band enthaltenen Geschichte der deutschen öffentlichen Finanzwirtschaft vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Schluß des Zweiten Weltkrieges“ kennzeichnet Fritz Terhalle „*Das Finanz- und Steuersystem der Bundesrepublik Deutschland*“ an Hand reichen statistischen Materials nach dem gegenwärtigen Stand, den wichtigsten Neugestaltungen und sichtbaren Entwicklungstendenzen. Erwin Melichar knüpft mit seinem Beitrag „*Öffentlicher Haushalt und Finanzsystem Österreichs*“ an die entsprechende Darstellung eines anderen Autors in der 1. Auflage (1929) an. Er geht von den finanzrechtlichen Auswirkungen der Einordnung Österreichs in das deutsche Hoheitsgebiet im Jahre 1938 aus und zeigt das Ergebnis der 1945 einsetzenden Rechtserneuerung, die aber immer noch wesentliche Bestandteile deutschen Ursprungs bestehen ließ. Die Darstellung ist verhältnismäßig eingehend, sie erstreckt sich selbst auf technische Einzelheiten und bietet einen guten Überblick über die österreichische Finanzwirtschaft, wie er in dieser systematischen Vollständigkeit bisher fehlte. Alan T. Peacock („*Das Finanz- und Steuersystem Großbritanniens*“) versucht, „einen Querschnitt des britischen Finanzsystems, wie es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges besteht“, zu geben. Dieser Querschnitt ist in der Hauptsache ein zahlenmäßiger und vornehmlich dazu bestimmt, Planung und Wirkung der öffentlichen Finanzen als Mittel der Wirtschaftspolitik im perfekten Wohlfahrtsstaat zu zeigen. „*Staatshaushalt und Finanzsystem Frankreichs*“ werden von P. Coulbois in einer guten Übersicht geschildert, der es auch nicht an kritischen Hinweisen auf die Schwächen der französischen Finanzen fehlt. Bei den häufigen Änderungen namentlich des französischen Steuerrechts ist die Feststellung wenigstens der Struktur des gegenwärtigen Rechtsstandes für den Ausländer besonders wertvoll.

Was dann folgt, ist eine Reihe meist kürzerer Referate über die öffentlichen Finanzen einer Vielzahl kleinerer und auch einiger großer Länder. Es behandeln: A. Magain und G. Coppée „*Staatshaushalt und Finanzsystem Belgiens*“, Cesare Cosciani „*Staatshaushalt und Finanzsystem Italiens*“, Camille Higy „*Staatshaushalt und Finanzsystem der Schweiz*“, Bernard Schendstok „*Staatshaushalt und Finanz-*

system der Niederlande“, Kjeld Philip „*Das Finanz- und Steuersystem Dänemarks*“, Bent Hansen und Leif Mutén „*Das Finanz- und Steuersystem Schwedens*“, Arne Oien „*Staatshaushalt und Finanzsystem Norwegens*“, Panayotis B. Dertilis „*Staatshaushalt und Finanzsystem Griechenlands*“, Ernst Kaemmel „*Das Finanzsystem der Deutschen Demokratischen Republik*“, Lowell C. Harris „*Das Finanz- und Steuersystem der Vereinigten Staaten von Amerika*“, Hanya Ito „*Staatshaushalt und Finanzsystem Japans*“, R. C. Gates „*Staatshaushalt und Finanzsystem Australiens und Neuseelands*“, J. Harvey Perry „*Staatshaushalt und Finanzsystem Kanadas*“, Fadil Hakki Sur „*Staatshaushalt und Finanzsystem der Türkei*“, B. R. Misra „*Staatshaushalt und Finanzsystem Indiens*“, Ernst Alexander-Katz „*Staatshaushalt und Finanzsystem Israels*“, Leo Kurowski und Richard Szawlowski „*Das Finanzsystem und der Staatshaushalt Polens*“. Alle diese Berichte, die äußerlich oft nach dem gleichen oder einem ähnlichen Schema gestaltet sind und meist rein deskriptiven Charakter tragen, im Zusammenhang zu lesen, ist etwas mühsam. Aber es lohnt sich. Zwar sind es im wesentlichen nur Momentaufnahmen von Zuständen in einem bestimmten Zeitpunkt, in der Regel wohl dem Jahre 1955 oder 1956, inzwischen mag sich in Einzelheiten hier und da schon manches geändert haben, und nicht lange, so wird das, was jetzt als aktuelle Wirklichkeit geschildert wird, der Geschichte angehören. Aber dieses Buch dient nicht zu Nachschlagezwecken für internationale Finanzberater, und es soll kein Wegweiser für Steuerflüchtlinge sein. Vor dem wissenschaftlich Interessierten breitet sich kaleidoskopisch die Fülle finanzwirtschaftlicher Systemgestaltungen und die Vielfalt der Methoden aus, mit denen oft auch gleichartige Probleme auf verschiedene Weise gelöst werden. Es ergeben sich auch bemerkenswerte Übereinstimmungen in den Grundzügen der fiskalischen Ordnung für ganze Ländergruppen, man könnte Typen herausarbeiten, nach denen sich die konkreten Finanzwirtschaften klassifizieren ließen. Doch hat schließlich jedes nationale Finanzsystem seine Eigenart und Besonderheit, die auf der geschichtlichen Entwicklung, wirtschaftlichen und soziologischen Verhältnissen, nicht zuletzt dem Volkscharakter beruht. Diese Zusammenhänge werden in den Abhandlungen nur selten sichtbar, es hätte auch allein schon der Raum für die Darstellung gefehlt. Eine interessante Ausnahme macht die Studie über die Finanzen Israels, die nur verständlich gemacht werden konnten, indem sie aus den Funktionen ihrer Träger erklärt werden: des Staates und der Gemeinden, aber auch der vor-staatlichen Nationalen Institutionen, des Jüdischen Nationalfonds, der „Keren Hajessod“ und der „Jewish Agency“. Man gewinnt so einen Einblick in dieses junge Staatswesen, über das es noch wenig wissenschaftliche Literatur gibt. Sodann sind es die beiden Berichte über kommunistisch regierte Gemeinwesen, Polen und die deutsche Ostzone, bei denen die politische Abstammung der Finanzwirtschaften sichtbar gemacht wird. Da sie von der gleichen Ideologie und nach demselben Vorbild gestaltet sind, weisen sie viele übereinstimmende Grundzüge

auf. Aber ihre Darstellung hat einen erkennbar verschiedenen Charakter. Die polnischen Autoren stehen dem Gegenstand ihrer Untersuchung unabhängiger gegenüber, sie verschweigen und beschönigen nichts, sie finden gelegentlich auch ein Wort der Kritik und regen Reformen an. Anders Kaemmel in der Abhandlung über die Finanzgebarung des der Bevölkerung Mitteldeutschlands oktroyierten Zwangsregimes (dessen angemähte und unzutreffende staatliche Bezeichnung zu verwenden, dem Verfasser leider nicht verwehrt wurde). Er interpretiert die finanzwirtschaftlichen Fakten, deren formell korrekte Wiedergabe nicht bezweifelt werden soll, aus dem Geist des politischen Systems, er begründet sie mit den Verhältnissen einer „Wirtschaft, die sich im Übergang zum Sozialismus befindet“, und hat offenbar daran nichts auszusetzen. Über die Methoden der praktischen Anwendung und Durchsetzung dieser Art von Finanzpolitik erfährt der Leser selbstverständlich nichts, nichts von dem namenlosen Unrecht, das sich hinter den Paragraphen und statistischen Ziffern verbirgt, nichts von der Unterdrückung wertvoller Bevölkerungsschichten, der Vernichtung zahlreicher selbständiger Existenzen und den damit verbundenen volkswirtschaftlichen Verlusten. Die typische Struktur einer kommunistischen Finanzwirtschaft wird gleichwohl auch in dieser rein formalen Darstellung deutlich, zusammen mit dem polnischen Bericht steht sie stellvertretend für eine Würdigung der öffentlichen Finanzen des sowjetischen Rußlands, wofür sich offenbar in dieser 2. Auflage des Handbuchs kein geeigneter Bearbeiter gefunden hat.

Es ist beabsichtigt, sie noch durch einen vierten Band zu ergänzen, der internationale Finanzwirtschaftsprobleme behandeln soll. Ähnliches war bereits bei der Herausgabe der 1. Auflage des Werkes geplant, konnte aber damals nicht verwirklicht werden. Bei der erhöhten Bedeutung, die zwischenstaatliche und supranationale Organisationen heute gewonnen haben, wäre es besonders erwünscht, wenn eine solche Fortsetzung des Handbuchs in absehbarer Zeit gelänge.

Hermann Deite-Berlin

Kommunale Finanzen und kommunale Wirtschaft. Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, herausgegeben in Verbindung mit den kommunalen Spitzenverbänden von *Hans Peters*. Dritter Band. Berlin-Göttingen-Heidelberg 1959. Springer-Verlag. 1062 S.

Dieses umfangreiche Werk, Teil eines noch umfassenderen Gesamtwerkes, gliedert seinen Stoff in die beiden Hauptabschnitte: „Kommunale Finanzen“ und „Kommunale Wirtschaft.“ Das geht nicht ohne Willkürlichkeiten ab. Das erwerbswirtschaftliche Gemeindevermögen des Waldbesitzes wird beispielsweise bei den „Finanzen“ behandelt, während die kommunalen Versorgungs- und Verkehrsbetriebe unter dem Rubrum „kommunale Wirtschaft“ stehen. Bei den „Finanzen“ ist auch das Liegenschaftswesen untergebracht, obwohl hier die Bedeutung der bodenpolitischen Fragen ganz überwiegt. Die Gegenüberstellung von Finanzen und Wirtschaft ist eben unscharf.

Daraus ergeben sich Überschneidungen und Wiederholungen, die sich allerdings öfters auch daraus erklären, daß es sich um ein Sammelwerk zahlreicher verschiedener Autoren handelt. Aber nur durch die Zusammenführung so vielfacher Sachkenntnis war es möglich, die kommunale öffentliche Wirtschaft und Finanzgebarung in dieser erschöpfenden Weise auf allen Gebieten bis in die letzten rechtlichen und technischen Einzelheiten zu erfassen. So spannt sich der Bogen der Darstellung von dem Gemeindevermögen und Schuldwesen über Haushaltsrecht, Steuern, Gebühren und Finanzausgleich, Rechnungs- und Prüfungswesen, die kommunale Auftragsvergebung und die Problematik der Verwaltungsrationalisierung bis hin zu der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden und ihren rechtlichen Grundlagen, wobei selbst Nebengebiete wie Messen, Märkte, Flughäfen, Fremdenverkehr, Heilbäder und Kurorte eingehend berücksichtigt werden. Zugrundegelegt sind die Verhältnisse in der Bundesrepublik, die Besonderheiten der Länder werden überall angemerkt, neben den Gemeinden sind auch die Gemeindeverbände im Blickfeld vieler Kapitel.

In der Behandlung dieses riesigen Stoffes überwiegt das Rechtliche und Institutionelle. Wirtschafts- und finanzpolitische Betrachtungen finden sich weniger. Das gilt namentlich für den ersten Abschnitt des Werkes, der zwar u. a. sorgfältige Darstellungen des kommunalen Steuerrechts bietet, aber mit ihnen zu den gegenwärtig diskutierten Reformvorschlägen nicht Stellung nimmt. Diesen Paragraphen sind allerdings Betrachtungen zur kommunalen Finanzpolitik (von Günter Schmolders) vorangestellt, die jedoch auf Einzelheiten nicht eingehen, und in einem allgemeinen Teil des Steuerkapitels findet sich eine aus dem Rahmen des Ganzen etwas herausfallende theoretische Darstellung der Grundzüge des Steuerwesens mit einigen kritischen Bemerkungen und Hinweisen. Von betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ist die Abhandlung „System der kommunalen Verwaltungsrationalisierung“ geleitet. In dem zweiten Hauptabschnitt des Werkes über die „Kommunale Wirtschaft“ tritt die ökonomische Betrachtungsweise und die abwägende Stellungnahme etwas stärker hervor, Verbesserungsvorschläge und Forderungen de lege ferenda finden sich öfter. Dieser Charakter der Darstellung ist auch durch die Persönlichkeiten der Autoren bestimmt, die ganz überwiegend der kommunalen oder staatlichen Verwaltung entstammen. Es ist ein Werk von Praktikern für Praktiker, Lehrbuch und Nachschlagewerk zugleich, dessen Benutzung durch ein 103 Seiten umfassendes, sehr ausführliches (die beiden ersten Bände des Gesamtwerkes einbeziehendes) Sachregister erleichtert wird. Aber auch für wissenschaftliche Zwecke bietet es gute Orientierungsmöglichkeiten und eine reiche Fülle wertvollsten Materials.

Hermann Deite-Berlin

Werner, Kurt: Die Industriestatistik der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1958. Verlag Duncker & Humblot. 171 S.

Die hier auf knappem Raum von 10¹/₂ Druckbogen zusammengedrückte Einführung in den Problemkreis der Industriestatistik dient

als ein für die Organisation und Arbeitsweise der modernen Wirtschaftsberichterstattung symptomatischer Beitrag einem umfassenden Informationsbedürfnis. Das entspricht einmal der Schlüsselstellung, welche die allgemeine Gewerbestatistik in ihren mannigfaltigen Verflechtungen mit den übrigen Zweigen der Sozial- und Wirtschaftsstatistik einnimmt, und zum zweiten der Vielfalt der praktizierten Verfahrenstechniken, die hier in einer Verbindung von Erhebung und Schätzung, von Makro- und Mikrozensus, von Gesamtüberschau und repräsentativem Eildienstbericht dargeboten werden und damit dem Leser wertvolle Unterlagen zum Studium der auch in anderen Zweigen der angewandten Statistik gebräuchlichen Arbeitsmethoden an die Hand geben. So erfüllt die vorliegende Schrift über den Beobachtungsbereich einer industriellen Zweigstatistik hinaus die Aufgabe einer allgemeinen Grundlagenstatistik und einer speziellen Methodenanleitung, auf deren Ergebnissen eine größere Anzahl weiterer Berichtszweige der fachamtlichen Statistik wie die Bilanzstatistik, die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und die regionale Marktstatistik aufbauen.

Im Anschluß an einen kurzen Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung der fachamtlichen deutschen Industriestatistik, in welchem das Hineinwachsen der industriestatistischen Erhebungspraxis in den Informationsdienst der modernen Betriebs- und Marktbeobachtung der Organisations-, Verwaltungs- und Forschungsstellen dargelegt wird, gibt der Verf. zunächst einen systematischen Überblick über die von seiten der Fachämter der Gebietskörperschaften und der Industrieverbände durchgeführten und von anderen Arbeitszweigen der Fachstatistiken übernommenen Umfrage- und Untersuchungsergebnisse. Die folgenden Abschnitte orientieren über die begrifflichen, erhebungstechnischen, organisatorischen, materiellen und methodischen Grundlagen der Datengewinnung und -auswertung. Hierbei wird im Hinblick auf die Verbreiterung der Berichterstattung für Zwecke des internationalen Vergleichs der Frage der Typenwahl, der Erhebungs- und Darstellungseinheiten sowie der Systematik der Sachbereiche (Grundstoff-, Investitionsgüter-, Verbrauchsgüter-, Nahrungs- und Genußmittelindustrien) und der Warengruppierung besonderes Gewicht beigemessen. Als Beobachtungsinhalte, die in diesem nach einheitlichen Verfahrensgrundsätzen angelegten Informationssystem Aufnahme gefunden haben, werden als die für die marktpolitische Orientierung wesentlichsten Tatbestände die nachstehend aufgeführten Umfrageergebnisse herausgehoben: die industrielle Beschäftigung nach Umfang, Zeitleistung und, als Größenordnung der Betriebsgruppierung, die Lohn- und Gehaltsverhältnisse nach sozial- und betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, die Entwicklung des Umsatzes nach den Grundlagen der Industrierichterstattung und der Umsatzsteuerstatistik, die Bedeutung und Problematik der Auftragseingangstatistik und die Entwicklung der Produktion in dem hier abgegrenzten Sinne des materiellen Güterausstoßes, über den die fachamtliche Statistik in drei laufenden Publikationsserien — in der vierteljährlichen

Produktionserhebung, im sog. Produktions-Eilbericht und in den monographischen Reihen für spezielle Fachgewerbe — berichtet. Bei der für den laufenden Informationsdienst gewählten Stoffgliederung bedient sich die deutsche Industriestatistik einer nach Warenarten weitgehend differenzierten Systematik, auf Grund deren die kurzfristige Beobachtung des gesamten Produktionsausstoßes sämtlicher Industriezweige in Mengen- und Werteinheiten, auch im Hinblick auf weitere durch die Aufnahme technischer Neuerungen gebotene Spezialisierung des Betriebsproduktes, gewährleistet ist. Als die eigentlichen Meldepositionen dienen etwa 5 500 sechsstelligen „Warenarten“, für welche in den Umfrageformularen die erforderlichen Auskünfte über produzierte Mengen und Werte eingeholt werden (von denen allerdings für die Aufbereitung nur die vier- und fünfstelligen Positionen, das sind rund 2 300, in Betracht kommen, während die Weitergabe sonstiger Informationsdaten dem internen Bedarf bestimmter Interessentengruppen der gewerblichen Wirtschaft vorbehalten ist). Im Hinblick auf den vielfältigen, gerade mit der laufenden Industrieberichtserstattung verbundenen Orientierungszweck hat auch die notwendige Ausrichtung des Berichtsdienstes auf allgemein-volkswirtschaftliche und konjunkturpolitische Aspekte dadurch ihre Verwirklichung gefunden, daß neben der im Produktionsverzeichnis festgelegten warenwirtschaftlichen Betrachtungsweise auch durch branchenmäßige Zuordnung der Produktionsleistungen, wie sie durch besondere Aufbereitung der Meldebogen für die einzelnen Industriebetriebe erstmalig für das Jahr 1954 vorgenommen worden ist, eine entsprechende Ergänzung der produktionsstatistischen Nachweisungen vorgesehen ist. In die Auswertung der Erhebungsergebnisse werden neben den eigentlichen Produktionsdaten auch spezielle Unterlagen über den Materialverbrauch und die Vorratshaltung einbezogen. Als eigentliches Kernproblem der methodisch-materiellen Bearbeitungsweise steht die Erfassung des Brutto- und Nettoproduktionswertes, namentlich im Hinblick auf die Vergleichbarkeit der produktiven Wertschöpfung (value added by manufacture), im Sinne der von seiten des Statistischen Amtes der UN („International Standards in Basic Industrial Statistics“) festgelegten Normen im Vordergrund der produktionsstatistischen Gesamtrechnung und damit der volkswirtschaftlichen Bilanzrechnung.

Wie schon die Erörterung dieses für die Weiterentwicklung der Globalstatistik, namentlich auch in Ausrichtung auf künftige Zensusveranstaltungen, entscheidenden Begriffskomplexes zeigt, bemüht sich der Verf., über die Beschreibung der speziellen Verfahrenstechnik hinaus, Einblicke in die mit der Produktionsbeobachtung verbundenen Spezialprobleme der repräsentativen und ganzheitlichen Meßtechniken der modernen Wirtschaftsstatistik zu gewähren. In diesem Zusammenhang verdienen vor allem drei Verfahrensbereiche besondere Beachtung: 1. die Methode der Berechnung von Kennziffern zur Produktionsleistung, 2. die Erfassung der produktiven Wertschöpfung als Bestandteil der volkswirtschaftlichen Bilanzrechnung, und 3. die Mög-

lichkeiten zur regionalen Aufgliederung und Vergleichung der Produktionsleistungen.

Bei der Behandlung der *indextechnischen Produktionsmessung* legt Verf. mit Recht besonderen Nachdruck auf die Klarlegung des leicht zu Mißdeutungen Anlaß gebenden Ausdruckswertes der von der fachamtlichen deutschen Statistik berechneten Produktionsindexziffer. Wenn eine solche Meßziffer „den Durchschnitt der Veränderungen des mengenmäßigen Produktionsausstoßes einer hinreichend großen und gestreuten Zahl von Erzeugnissen“ wiedergeben soll, so dient der Einsatz der Nettoproduktionswerte als Wägungsfaktoren für die ausgewählten Betriebsprodukte lediglich dazu, die unterschiedliche Bedeutung der einzelnen Mengenveränderungen dieser Erzeugnisse innerhalb des Gesamtproduktionsausstoßes bei der Bildung des Indexmittelwertes herauszuheben; in diesem Fall mißt der Index die durchschnittliche Veränderung des Produktionsvolumens auf Grund seiner variablen Mengenkomponenten, dagegen nicht die Entwicklung der Nettoproduktionswerte, bei welcher die gleichzeitige Veränderung der Mengen und Preise im Gesamtergebnis zusammenwirkt. Auch wenn man mit Hilfe der Ausstoß- oder Produktionsmengendaten die für das Jahr 1950 ermittelten Nettoproduktionswerte auf den gegenwärtigen Stand fortschreibt, so unterstellt man damit, daß im Verhältnis von Materialverbrauch und Verkaufswert, auf Grund deren der Nettoproduktionswert ermittelt wird, keine Veränderung eingetreten ist, eine Annahme, die indessen nicht zutrifft. In einem weiteren Abschnitt der Kennquotenmethodik werden die besonderen Funktionen von Meßziffern zur Betriebs- und Marktbeobachtung in der Binnen- und Außenwirtschaft (Exportquoten), zur Erfassung und vergleichenden Messung der Arbeitsproduktivität in kritischer Abwägung der für die spezielle Unternehmens- und die allgemeine Marktforschung brauchbaren Aussagegehalte gewürdigt.

Wie in der vielumstrittenen Frage der Produktionsindices so verkennt Verf. auch in der Einbeziehung der Produktionswertermittlung in die volkswirtschaftliche Erfolgsrechnung und in die bilanzielle Funktionsanalyse (bei voller Anerkennung der in der künftigen Verbreiterung der deutschen Statistik ruhenden Möglichkeiten) nicht die Schwierigkeiten, die in den begrifflichen und formalmethodischen Ansatzpunkten der deutschen Produktionsstatistik für derartige Auswertungen begründet liegen. Das gilt in erster Linie für die Verwendung der Produktionsdaten bei Ermittlung des Brutto- und Netto-Sozialproduktes zu Markt- und Faktorpreisen, für die Aufstellung mengenmäßiger Versorgungsbilanzen, die als Grundlage für die produktionswirtschaftliche Integration der Länder dienen, sowie für die Einstellung der vorliegenden Ergebnisse in die vorzugsweise nach warenwirtschaftlichen Gesichtspunkten (sog. technischen Einheiten), nicht nach Unternehmungen orientierten Daten der Nettoproduktionsleistungen.

Wenn der Verf. bei der konzentrierten Behandlung der weitschichtigen Verfahrensproblematik, wie sie die statistische Erfassung der

Produktionsleistung im spezifisch fachlichen und gesamtwirtschaftlichen Bereich einschließt, auf Heranziehung der materiellen Ergebnisse zu den einzelnen Verfahrensabschnitten verzichten mußte, so hat er immerhin durch Einschaltung kleiner Tabellenausschnitte und erläuternder Diagramme aus der deutschen Industrieberichterstattung in die textlichen Darlegungen auch dem weniger fachkundigen Leser wertvolles Anschauungsmaterial und damit Anleitung zur Quellausbeute an die Hand gegeben.

So bietet die als Einführung in einen der Hauptzweige der wirtschaftsstatistischen Berichterstattung angelegte Schrift nicht nur dem fachinteressierten Leser notwendige Informationen und Anregungen für die eigene Erhebungs- und Untersuchungsarbeit, sondern auch einen grundlegenden Beitrag zur angewandten Wirtschafts- und Sozialstatistik, die im Rahmen der statistischen Verfahrenssystematik die notwendige Ergänzung der theoretischen Methodenlehre bildet.

Charlotte Lorenz-Göttingen

Freudenberg, Karl: Die Sterblichkeit nach dem Familienstande in Westdeutschland 1949/1951. (Deutsche Akademie für Bevölkerungswissenschaft an der Universität Hamburg, Reihe A, Nr. 1.) Hamburg 1957. 16 S.

Nach einer Pause von fast 25 Jahren, die seit einer entsprechenden Sonderbearbeitung der Deutschen Sterbetafel für 1924/26 (Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 360) vergangen sind, hat der bekannte Bevölkerungsstatistiker *Karl Freudenberg* auf Grund der für die Bundesrepublik vorliegenden Sterbetafeldata von 1949 bis 1951, ungeachtet der ungleich schwierigeren Voraussetzungen für eine exakte Durchleuchtung der Zusammenhänge, eine Kausalanalyse über die Abhängigkeit des Sterblichkeitsgrades vom Familienstande durchgeführt. Dem Verfasser kam es hierbei darauf an, nachzuweisen, ob und in welchem Grade „sich die Sterblichkeit der einzelnen Familienstände im Verhältnis zu der gegen damals so stark veränderten Gesamtsterblichkeit entwickelt hat“. Wenn es sich bei einer solchen Untersuchung nur um behelfsmäßige Berechnungen handeln kann, da die während des Beobachtungszeitraumes besonders ins Gewicht fallenden Wanderungsbewegungen nicht in der erforderlichen Aufgliederung nach dem Familienstande vorliegen, so läßt sich doch auf Grund der jahrgangsweise durch Interpolation ermittelten Sterbewahrscheinlichkeiten der Geschlechter nach dem Familienstand die Geltung der gemutmaßten Abhängigkeiten auch für den biologisch gewandelten Volkskörper verifizieren.

Als materielle Unterlagen der Berechnung dienen hierbei die Zahlen der Gestorbenen nach Geschlecht, Altersjahrfünfteln und Familienstand nach der amtlichen deutschen Statistik für die Jahre 1949 bis 1951 sowie die entsprechenden Zahlen für die Lebenden nach der Volkszählung vom 13. 9. 1950; hiernach gelangt man auf dem Wege sukzessiver Ergänzung und Ausgleichung über das Verhältnis der Sterbenswahrscheinlichkeiten jedes einzelnen Familienstandes und

derjenigen aller Gleichaltrigen gleichen Geschlechts für jede Altersklasse zu den nach dem Familienstand differenzierten Sterbenswahrscheinlichkeiten für jedes Geschlecht.

Geht man von der Sterblichkeit der Verheirateten als Bemessungsgrundlage aus, so ergibt sich, daß die Sterblichkeit der Ledigen während des größten Teils ihrer Lebenszeit wesentlich über diejenige der Verheirateten hinausgeht, und zwar etwa bis zum 80. Lebensjahr; hierbei erweist sich die Übersterblichkeit der Ledigen beim männlichen Geschlecht in den jüngeren und mittleren Jahrgängen als beträchtlich höher, als es beim weiblichen Geschlecht der Fall ist, wohingegen in den hohen Altersstufen eine Mindersterblichkeit der Ledigen, und zwar eine für die Männer höhere als für die Frauen besteht, was jedoch im Hinblick auf die verhältnismäßig schmale Zahlenbasis nicht ohne weiteres verallgemeinert werden kann. Bemerkenswerte Unterschiede in der relativen Übersterblichkeit der Einzelgänger zwischen beiden Geschlechtern ergeben sich für die Verwitweten; hier ist im Vergleich zu den Verheirateten die männliche Übersterblichkeit in den jüngeren und mittleren Jahren extrem hoch und, verglichen mit den Ledigen, durchgängig in sämtlichen Altersklassen höher; demgegenüber liegt die weibliche Übersterblichkeit gegenüber den Verheirateten viel weniger hoch, als es bei dem männlichen Geschlecht der Fall ist. Für den Familienstand der Geschiedenen ergibt sich im ganzen die relativ größte Übersterblichkeit gegenüber den Verheirateten, und zwar mit dem zwischen beiden Geschlechtern bestehenden graduellen Unterschied; erst nach Erreichung des 75. Lebensjahres übertrifft die Übersterblichkeit der geschiedenen Frauen diejenige der Männer. Allerdings ist im Hinblick auf mögliche (vorwiegend in höheren Altersstufen, namentlich bei den Frauen auftretende) Fehlangaben (wobei statt des Geschiedenenstandes der Verwitwetenstand angegeben wird) die tatsächliche Übersterblichkeit wesentlich geringer gewesen. Im übrigen wird durch die Ermittlungen die erfahrungsgemäß erwiesene Tatsache bestätigt, daß bei den vier Familienständen mit zunehmendem Alter die Sterbewahrscheinlichkeiten immer stärker konvergieren.

Nach dem Ergebnis der vorliegenden Kausalermittlungen ist eine bemerkenswerte Übereinstimmung zwischen den unter früheren Normalverhältnissen und den gegenwärtigen in der Bundesrepublik herrschenden Sterblichkeitsunterschieden innerhalb der Familienstandsgruppen festzustellen. So ergibt sich, daß die Sterblichkeit der Nichtverheirateten für beide Geschlechter über diejenige der Verheirateten hinausgeht, wenn man die vorliegenden Auswertungen der letzten bundesdeutschen Sterbetafel mit der reichsdeutschen Sterbetafel für 1924 bis 1926 vergleicht. Hierbei sind graduelle Veränderungen lediglich für die verwitweten Frauen festzustellen, bei denen die gegenüber den Verheirateten bestehende Übersterblichkeit aus den durch die Einwirkung zweier Weltkriege zu erklärenden Gründen unverhältnismäßig stark gesunken ist. Im ganzen erscheint also der Schluß ge-

rechtfertigt, daß die für die zahlenmäßig erwiesene Übersterblichkeit der Nichtverheirateten angenommenen Voraussetzungen auch heute ihre uneingeschränkte Gültigkeit behalten haben, wobei ihre sozialbiologische Gesetzmäßigkeit eine entscheidende Bestätigung gefunden hat.

Über diese fundamentale Erkenntnis hinaus hat sich der Verf. auch bemüht, auf Grund internationalen Vergleichsmaterials (für die Schweiz und Frankreich), unter Berücksichtigung der soziologischen und physischen Sonderverhältnisse der Länder, die zur Erklärung der Abweichungen der Nichtverheirateten-Übersterblichkeit von den deutschen Ziffern dienen (Scheidungsfrequenz und Alkoholverbrauch in Frankreich) die Allgemeingültigkeit der getroffenen Feststellungen zu verifizieren.

Im Anschluß an die Feststellungen über die familienstandsbedingten Sterblichkeitsunterschiede für Einzelpersonen beiderlei Geschlechts unternimmt der Verf. noch den interessanten Versuch, die spezifische „Sterblichkeit der Ehen“ zu analysieren, und zwar unter Beschränkung auf die Ehelösungen durch den Tod und die Partnerkombination der aus dem ledigen Stande heiratenden Personen. Die Berechnung zielt hierbei darauf ab, auf Grund der für beide Geschlechter geltenden Lebenswahrscheinlichkeiten, bei Berücksichtigung des erfahrungsgemäßen Altersunterschiedes der Ehepartner, zu ermitteln, in welchem Verhältnis die durch den Tod des Mannes und durch den Tod der Frau erfolgten Ehelösungen in den einzelnen Jahren stattgefunden haben. Auf diese Weise läßt sich auch die fernere mittlere Lebensdauer der Ehen, getrennt nach den durch den Tod des Mannes und durch den Tod der Frau bedingten „Ehesterblichkeit“ bestimmen. Die bei Mitherücksichtigung der Scheidungswahrscheinlichkeiten gewonnenen Ergebnisse, die gewissermaßen von der Gesamtsterblichkeit der Ehen ausgehen, dürften demgegenüber, wie der Verf. selbst betont, im Hinblick auf den im Untersuchungszeitraum noch nicht voll befriedigten „Nachholbedarf“ an Ehescheidungen einen nur bedingten Geltungswert besitzen. Bei einem vergleichenden Rückblick auf die seit der ersten reichsdeutschen Sterbetafel für 1871 bis 1881 eingetretenen Wandlungen des Sterblichkeitsbildes kann somit die Tatsache, „daß die mittlere Ehedauer relativ und absolut stärker zugenommen hat als die fernere mittlere Lebensdauer der Einzelpersonen von der Heirat an auch analytisch veranschaulicht werden“.

So bietet die auf den Umfang eines Einzelheftes zusammengedrückte, durch mathematisch-exakte Verfahrenstechnik gesicherte Klarlegung einer viel erörterten und umstrittenen Kausalproblematik nicht nur dem demographisch interessierten Fachwissenschaftler und Fachpraktiker, sondern auch dem Wirtschaftspolitiker, Soziologen, Kulturhistoriker und Mediziner wertvolle Einblicke in die für seinen speziellen Aufgabenkreis bedeutsamen Lebenszusammenhänge seiner Epoche.

Charlotte Lorenz-Göttingen

Statistical Office of the United Nations: Demographic Yearbook 1956.
New York, 1956 — *Annuaire Démographique*, 1956. 744 S.

Der vorliegende 8. Band des vom Statistischen Amt der UN herausgegebenen bevölkerungsstatistischen Jahrbuches für das Jahr 1956, dessen Inhalt in erster Linie der Ergänzung und Abrundung der aus den Jahren 1945 bis 1955 gesammelten Volkszählungsergebnisse der Länder dient, verfolgt, abgesehen von der vergleichsstatistischen Auswertung des Berichtsmaterials, den Zweck, die ethnologischen und wirtschaftlichen Besonderheiten der Völker in speziellen Zusammenhängen zu würdigen.

Wie die vorausgegangenen 7 Sammelwerke umfaßt der vorliegende Band die Gesamtübersichten über den Aufbau und die Entwicklung der Erdbevölkerung, die Siedelungsfläche, die Volksdichte, die Aufgliederung der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht, und zwar, in Erweiterung bestimmter Berichtszweige über den bisherigen Rahmen hinaus, mit spezialisierten Angaben über die Familienstandsgliederung, die Unterteilung der Geburten nach dem Alter der Mütter, die Sterblichkeit nach Alter und Geschlecht, den Verlauf der Todesursachen sowie eine Zusammenstellung der neuesten Ermittlungsergebnisse über die Lebenserwartung der einzelnen Völker.

Innerhalb der nach Hauptgebieten der biologischen und räumlichen Bevölkerungsstatistik festgelegten Systematik der globalen Berichterstattung wird sonach in den einzelnen Bänden der Akzent der Beobachtung, wie auch aus der thematischen Charakteristik der achtbändigen Gesamtausgabe (S. 11) hervorgeht, auf die informativische und analytische Behandlung einzelner Gegenwartsprobleme der globalen Bevölkerungsverteilung und des globalen Bevölkerungswachstums gelegt. So erscheinen im vorliegenden Band in einer nach 20 Jahren erstmalig wieder aufgenommenen Zusammenfassung gleichzeitiger Länderergebnisse Gliederungstabellen über die Religionszugehörigkeit, die Muttersprache, die rassischen Besonderheiten, das Geburtsland und die Nationalität der Völker. Des weiteren verdienen vom Standpunkt des wirtschaftlichen Potentials und der globalen Arbeitsteilung im wirtschaftlichen Versorgungsraum die Daten über die Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung nach Alter, Familienstand und sozialer Stellung im Beruf, über den Bestand, die Sozial- und Altersgliederung der berufslosen Bevölkerungsgruppen hervorgehoben zu werden, während die speziellen Erhebungsergebnisse über die Erwerbsbeteiligung der Frauen nach Familienstand und Alter interessante Einblicke in die sozialwirtschaftliche und soziologische Lebensordnung der Völker vermitteln.

Neben der synoptisch vergleichenden Betrachtung der Erhebungsergebnisse und laufenden Aufzeichnungen aus der einzelstaatlichen Struktur- und Bewegungsstatistik bietet der vorliegende Band auch in Form einer Globalstatistik für das Gesamtkollektiv der Erdländer und größere repräsentative Ausschnitte einen geschlossenen Beitrag über die Gesamtentwicklung des Fortpflanzungsprozesses im Siede-

lungraum der Erde. In diesem Kernstück der kombinierenden und analysierenden Auswertung werden die vielfältigen Beziehungen und Funktionszusammenhänge zwischen Bestandsgrößen und Lebensabläufen, zwischen sozialbiologischer und räumlicher Lebensordnung im globalen Problemkreis der Volk-Raum-Relation aufgezeigt. So wird aus der vergleichenden Betrachtung von Globalzahlen und regionalen Teilergebnissen für die einzelnen Länder, die größeren Kontinente und Völkerfamilien die Kausalität der gegenwärtigen Siedlungsstruktur aus den tendenziellen Wandlungen der Geburtenhäufigkeit, Fruchtbarkeit und Sterblichkeit der Völker im unterschiedlichen und wechselnden Gewicht der ursächlichen Komponenten abgeleitet. Die Einsicht in diese durch die verwirrende Vielheit der Faktoren besonders verwickelten Zusammenhänge wird dadurch wesentlich erleichtert, daß den tabellarischen Daten und textlichen Erläuterungen eine Reihe von Schaubildern angegliedert ist, in denen die Einzelwerte des jeweiligen Länderkollektivs sich um den als Globaldurchschnitt gezeichneten Trendverlauf für das Jahrzehnt 1945 bis 1949 gruppieren. So erscheint der Trend der globalen Wachstumsrate, der Heiratsfrequenz, Geburtenziffern und Sterblichkeitsziffern als Resultante der auf die jeweiligen Bevölkerungsbestände der Länder bezogenen Lebensereignisse. Neben dem materiellen Gehalt an synoptischem Ländervergleich und globaler Übersicht enthält dieses Kapitel auch eine resumierende Zusammenstellung über die zähltechnischen Grundlagen der vorliegenden Datensammlung, insbesondere einen nach Erhebungsjahren gegliederten Überblick über Zahl, Umfang und Zuverlässigkeit der während eines Jahrhunderts (1855 bis 1954) veranstalteten Volkszählungen in den einzelnen Ländern, dem sich eine Darstellung der bei der Vergleichs- und Globalstatistik angewandten Verfahren der Bereinigung, Angleichung und ergänzenden Schätzung anschließt.

Darüber hinaus befaßt sich ein besonderes Kapitel des erläuternden Textes mit der verfahrenstechnischen Erläuterung der bei der Datensammlung und Auswertung der Länderergebnisse in den einzelnen Zweigen der völkischen Struktur- und Bewegungsstatistik angewandten allgemeinen Methoden der Koordinierung und Zusammenfassung der Daten zum globalen Gesamtbild.

So vereinigt der vorliegende Band, der sich den vorausgehenden in historischer Kontinuität der Darstellung anschließt, die Vorteile einer in materieller und formalmethodischer Hinsicht erschöpfenden Informationsquelle, die dem Fachpraktiker und Wissenschaftler nicht nur im Bereich der demographischen Forschung, sondern auch in den Grenz- und Nachbargebieten des Gesellschaftslebens, insonderheit im Gesundheits- und Wirtschaftswesen als willkommenes Nachschlagewerk zu dienen vermag.

Charlotte Lorenz-Göttingen

Données Statistiques — Statistical Data: À l'usage des organes du conseil de l'Europe, compilées par le Secrétariat Général — for the use of the Council of Europe, compiled by the Secretariat

General, Section de la Documentation — Documentation Section.
March 1958 — March 1959. 355 S.

Der vom Generalsekretariat des Europarates auf Veranlassung der Kommission für das Bevölkerungs- und Flüchtlingswesen bearbeitete statistische Sammelband für das Berichtsjahr 1957 soll dazu dienen, „eine bessere Beurteilung der demographischen Lebensbedingungen, der Beschäftigungslage und der Entwicklungsaussichten Europas, und zwar in Verbindung mit dem Informationsdienst der zentralstatistischen Organisationen in den einzelnen Ländern, zu ermöglichen“.

Die vorliegende Datensammlung begnügt sich nicht mit der Zusammenstellung der von der Fachstatistik der Länder übernommenen Erhebungsergebnisse zu einem auf den letzten Beobachtungsstand zugeschnittenen Strukturbild, sondern sie vermittelt auch in laufenden Datenreihen knappe Rückblicke über die Wachstumsdynamik längerer Epochen und kürzerer der jüngsten Vergangenheit angehöriger Zeitabschnitte, unter Einschluß der vorläufigen Daten für das Jahr 1957.

Der Umkreis der Berichterstattung ist allerdings, was bei der informatorischen Ausbeute zu beachten ist, auf die im europäischen Wirtschaftsrat zusammengeschlossenen Länder begrenzt; die für die einzelnen Jahre von 1950 bis 1957 vorliegenden Nachweisungen schließen die Länder Großbritannien und Irland, Frankreich, Deutsche Bundesrepublik, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Island, Niederlande, Österreich, Luxemburg, Italien, Griechenland und die Türkei ein.

Zur statistischen Beurteilung des gewichtsmäßigen Anteils, den die Länder des westeuropäischen Wirtschaftsblocks im Rahmen der sozialwirtschaftlichen Gesamtordnung einnehmen, werden in einer Reihe von Tabellen die Blocksummenzahlen in v.H.-Anteilen der entsprechenden Weltergebnisse (mit gewissen für die Totalzahlen geltenden Einschränkungen) wiedergegeben.

Die in sieben Hauptabschnitten zusammengefaßten Tabellen enthalten die Daten für folgende Sachgebiete: I. *Bevölkerung* mit vier Unterabschnitten (Aufbau und Strukturwandel, natürliche Bevölkerungsbewegung mit Daten über die Lebenserwartung, Berufstätigkeit und sonstige völkische Eigentümlichkeiten); II. *Industriewirtschaft* mit vier Unterabschnitten (die europäische Industrie in der Weltwirtschaft, die Entwicklung der europäischen Industrie mit Produktionsindices, die Erzeugung ausgewählter Industrieprodukte, der Verbrauch ausgewählter Industrieprodukte); III. *Landwirtschaft* mit drei Unterabschnitten (die europäische Landwirtschaft in der Weltwirtschaft, Aufbau und allgemeine Wirtschaftsprobleme, Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse); IV. *Verkehrswirtschaft*; V. *Außenhandel* mit vier Unterabschnitten (Allgemeine Entwicklung des Europa- und Welthandels, Entwicklung des Welthandels nach Währungszonen, Außenhandel mit einer Reihe von Schlüsselprodukten, kommerzielle Verflechtungen); VI. *Lebensstandard* mit drei Unterabschnitten (So-

zialprodukt und privater Verbrauch, Lebenshaltung, Preise und Löhne); VII. *Öffentliche Finanzen*.

Den tabellarischen Übersichten ist ein Quellennachweis angegliedert, aus welchem die Herkunft des Zahlenmaterials nach Ländern und Organisationsstellen der internationalen Statistik zu ersehen ist.

Charlotte Lorenz-Göttingen

Zimm, Alfred: Die Entwicklung des Industriestandortes Berlin. Tendenzen der geographischen Lokalisation bei den Berliner Industriezweigen von überörtlicher Bedeutung sowie die territoriale Stadtentwicklung bis 1945. Berlin 1959. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften. 228 S.

Seit *O. Wiedfelds* Darstellung der Entwicklung der Berliner Industrie (1898) ist der Aufstieg Berlins zur größten Industriestadt Deutschlands, sei es mehr wirtschaftshistorisch, sei es mehr standorttheoretisch, in Angriff genommen worden. Die vorliegende Untersuchung steht im Zeichen der Imperialismusthese *Lenins*. „Die Arbeit erfaßt wesentliche Seiten einer ökonomisch-geographischen Stadtanalyse zu einem Stadtraum, der nach seinem historischen Platz in der Geschichte als parasitärer und verfaulender Kapitalismus zu bezeichnen ist.“ Läßt man den dem gestellten Thema gegebenen politischen Rahmen beiseite (er führt zum Teil zu grotesken Urteilen, die einer sachlichen Beurteilung nicht standhalten können), so bleibt eine aner kennens wert sorgfältig durchgeführte Analyse der einzelnen Entwicklungsstadien der industriellen Standortgeschichte Berlins, beginnend mit einer Bestandsaufnahme der Situation zu Beginn des 19. Jahrhunderts und ausmündend in die Periode bis 1945. Die Analyse der Standortentwicklung der Industriezweige von überörtlicher Bedeutung ist wesentliches Untersuchungsobjekt. Daneben treten die regionalen Umlagerungen an Gewicht zurück. In den „Schlußbetrachtungen“ (S. 211 ff.) wird das Ergebnis in der Sicht des Verfassers prägnant zusammengefaßt und die ökonomische Spezialisierung Berlins gekennzeichnet.

Friedrich Bülow-Berlin

Baade, Fritz: Weltenergiewirtschaft, Atomenergie — Sofortprogramm oder Zukunftsplanung? (Rowohlts deutsche Enzyklopädie, Bd. 75.) Hamburg 1958. Rowohlt Taschenbuch-Verlag GmbH. 8°. 197 S.

In leicht faßbarer frischer und klarer Darstellung gibt Fritz Baade einen Überblick über die Entwicklung der Energieträger von ihren primitiven Anfängen an und zeigt, wie infolge des technischen Fortschritts in den industriell entwickelten Volkswirtschaften die Steigerung des Energieverbrauches in Primärenergieträgern wesentlich niedriger sein wird als die Vermehrung des Sozialprodukts. Die kleine Schrift ist durchaus geeignet, dem Leser die Möglichkeit zu geben, die außerordentlich wichtigen Entwicklungen der kommenden Jahre auf dem Gebiet der Energiewirtschaft mit Verständnis zu verfolgen.

W. M. Frhr. v. Bissing-Berlin